

JAHRBÜCHER FÜR GESCHICHTE OSTEUROPAS

BEIHEFT 2

HANS BEYER

DIE MITTELMÄCHTE

UND DIE

UKRAINE 1918

19



56

ISAR VERLAG MÜNCHEN

Alle Rechte vorbehalten
Isar Verlag Dr. Günter Olzog KG München
Druck: Max Schick, München

Am 26. August 1914 teilte der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Prinz Hohenlohe, seiner Regierung mit, daß der ukrainische Politiker Dr. Kost' Levyčkyj in der Reichshauptstadt eingetroffen sei. Auch Fürst Andreas Lubomirski, ein polnisches Mitglied des österreichischen Herrenhauses, sei anwesend; er suche seine Tochter, die bei Ausbruch des Krieges in Deutschland weilte und jetzt verschollen sei. Ohne dieser persönlichen Motivierung der Reise des polnischen Magnaten eine weitere Bedeutung beizumessen, fährt der Prinz in seinem telegraphischen Bericht¹⁾ dann fort:

„Außer den Genannten sind vielleicht noch andere polnische oder ruthenische Politiker hier, deren Anwesenheit mir nicht bekannt ist. Alle diese Herren machen sich nicht nur im Auswärtigen Amt zu schaffen, sondern konferieren auch mit einzelnen Ressortministern über die künftige Gestaltung Polens, was wohl zum Teil auf Wichtigtuerei, zum Teil auf Freude an politischen Intrigen zurückzuführen sein dürfte. Ich erlaube mir, Vorstehendes Eurer Exzellenz nur aus dem Grunde zu melden, da es mir bei Unkenntnis aller dieser Verhandlungen voraussichtlich sehr schwer fallen konnte, den mir von E. E. bekanntgegebenen Standpunkt der k. u. k. Regierung erfolgreich hier zu vertreten — zumal man an den maßgebenden Stellen nicht ungern mit diesen Herren zu sprechen scheint. Herr Zimmermann hat mir wenigstens neulich erklärt, wie er sich freue, mit Herrn Lewyčkyj — dessen Ankunft ihm Herr von Tschirsky angekündigt hat — in Fühlung zu treten, einer Bemerkung, auf die ich weiter nicht reagierte.“

Der Prinz bittet dann um Weisung, ob den einflußreichen Vertretern der Polen und Ukrainer (Ruthenen)²⁾ die „Pläne der k. u. k. Regierung“ bekannt seien und ob er sie ihnen ggf. mitteilen dürfe. Dem Auswärtigen Amt werde er auf jeden Fall erklären, daß seine Regierung „für Wünsche und Sprache aller dieser Herren nicht die geringste Verantwortung übernehme.“

Außenminister Graf Czernin entgegnet am 27. August³⁾: „Wie Eurer Durchlaucht bekannt, habe ich die Reise Dr. Lewyčkyjs nach Berlin nicht gewünscht,

¹⁾ Staatsarchiv Wien, Fasc. Krieg Geh. XLVII/2, Telegr. des Prinzen Hohenlohe Nr. 463 v. 26. 8. 1914.

²⁾ In dieser Studie wird fortlaufend der Ausdruck „Ukraine“ gebraucht werden.

³⁾ Telegr. Nr. 480 v. 27. 8. 14.

Anm. d. Redaktion: Aus technischen Gründen war Einheitlichkeit der Transkription nicht zu erreichen.

dagegen hat der deutsche Botschafter ihn zu dieser Reise gedrängt. Ich habe nichts dagegen, daß er die deutsche Regierung über die Möglichkeiten eines Aufstandes in der Ukraine informiert und daß man deutscherseits diese Bewegung fordere, wie wir es bereits getan haben. Wir interessieren uns für diese Bewegung, weil wir ebenso wie die deutsche Regierung der Ansicht sind, daß alles geschehen muß, um den Krieg gegen Rußland glücklich zu Ende zu führen und die Macht Rußlands zu brechen, können aber die Lebensmöglichkeit eines selbständigen ukrainischen Staatswesens nicht mit Zuversicht beurteilen. Dr. L. ist durch die Militärbehörden und auch durch unseren Vertrauensmann in Lemberg von unserer Propaganda behufs Unterstützung der ukrainischen Aufstandsbewegung in Kenntnis gesetzt. Ich persönlich habe ihm nur mitgeteilt, daß ich die patriotische Ergebenheit der Ruthenen in dieser Krise würdige und der ukrainischen Frage großes Interesse entgegenbringe. Ich vermute, daß er nach Berlin gefahren ist, um sich über die Unterdrückung der Ruthenen in Ostgalizien durch die Polen zu beschweren und vor den Gefahren der polnischen Aspirationen zu warnen. Wenn dieses Thema Euer Durchlaucht gegenüber zur Sprache gebracht wird, ersuche ich Euer Durchlaucht das Auswärtige Amt dahin zu informieren, daß sowohl die österreichische Regierung als auch ich entschlossen sind, eine Schädigung des ruthenischen Volkes durch eine mögliche Vermehrung unserer polnischen Untertanen auf alle Fälle zu verhindern, indem den Ruthenen die weitgehendste Autonomie in den von ihnen bewohnten Gebieten gesichert werden wird."

Noch am gleichen Tage antwortet Prinz Hohenlohe. Inzwischen hatte Kost' Levyčkyj die wichtigsten Berliner Besprechungen abgeschlossen und auf Anraten⁴⁾ des Unterstaatssekretärs Zimmermann den österreich-ungarischen Botschafter aufgesucht. Unter seinen verschiedenen Berliner Gesprächspartnern sind Oberst Brose, der Chef der Abteilung 3 b im Nachrichtenstab des Stellvertretenden Generalstabs, und der polnische Magnat Graf Hutten-Czapski besonders zu vermerken. Hutten-Czapski hatte im Großen Generalstab die Aufgabe, „die Verhältnisse bei den Fremdvölkern Rußlands, den Polen, Ukrainern, Juden usw. zu erkunden und nach Mitteln zu suchen, ihre Gegnerschaft gegen das Zarenreich der militärischen und politischen Kriegsführung nutzbar zu machen“⁵⁾.

Die gesellschaftliche Stellung des polnischen Grafen⁶⁾ war jedoch

⁴⁾ Bogdan Graf von Hutten-Czapski, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft (Berlin 1936), Bd. II, 157.

⁵⁾ a. a. O. II, 154.

⁶⁾ Bogdan Franz Servatius Graf von Hutten-Czapski (geb. 13. 5. 1851 in Smogulec) gewann durch seine Mutter, eine Tochter des Brigadegenerals Graf Mielzyński, früh Kontakt zu den in Preußen maßgeblichen gesellschaftlichen Kreisen und zum Königshaus. Auch sein früh verstorbener Vater, Graf Johann Napoleon

so stark, daß sich seine Möglichkeiten durch die Kompetenz eines Referats im Großen Generalstab nicht beschränken oder bestimmen ließen. Der am 9. August ernannte neue Generaladjutant des Kaisers gehörte zu seinen alten Freunden und hatte seinem Herrn vorgeschlagen, Hutten-Czapski in der neugebildeten politischen Abteilung des Großen Generalstabs zum Ostreferenten zu machen. Obwohl hohe Verwaltungsbeamte bemüht waren, diesen einflußreichen Hofmann und Herrenhausabgeordneten durch eine Verwendung im Westen (z. B. innerhalb der Militärverwaltung für Belgien) aus der Ostpolitik auszuschalten, hat er in den verschiedensten politischen und militärischen Funktionen die Möglichkeit gehabt, die deutschen Entscheidungen in der polnischen, litauischen und ukrainischen Frage maßgeblich zu beeinflussen, wenn auch sein Verhältnis zum Auswärtigen Amt nach dem Abgang des Staatssekretärs Zimmermann (5. 8. 1917) kühler wurde.

Als Hutten-Czapski Ende August 1914 mit dem ukrainischen Parlamentarier Kost' Levyčkyj zusammenkam, trat er ihm natür-

Czapski, hatte sich nach einem Leben in der Emigration zu einer loyalen Zusammenarbeit mit den preußischen Behörden entschlossen. Abgesehen von seiner angesehenen Stellung am Hof konnte Hutten-Czapski von 1894 an einen sehr bemerkenswerten politischen Einfluß auf die Reichspolitik ausüben: unter dem Reichskanzler Hohenlohe spielte er nach eigenem Urteil die Rolle eines „private secretary“, auf Bülow wirkte er durch Holstein ein, während er unter Bethmann Hollweg die Stellung eines besonderen Vertrauten des deutschen Regierungschefs gewann. Die — durch Mackensen vermittelte — Ernennung zum Schloßhauptmann in Posen (Herbst 1901) bezeugt die kaiserliche Gunst. Auf der anderen Seite stand der Graf durch verwandtschaftliche Beziehungen mit den führenden Familien des polnischen Adels in enger Verbindung, so insbesondere mit den Radziwill. Innerhalb des preußischen Herrenhauses spielte er seit 1895 eine besondere Rolle. Er war auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers berufen worden, obwohl aktive Offiziere sehr selten und nur bei hohen Stellungen (Feldmarschälle) zu Herrenhausmitgliedern ernannt wurden. Die Berufung eines zum Charakter-Major eingegebenen Rittmeisters war 1895 in der Tat ein auffälliges Ereignis. Das neue Mitglied trat der als liberal geltenden sog. „Oberbürgermeister“-Fraktion bei. Nicht mit Unrecht führt der Graf seine eigentümliche Stellung in der politischen Welt des Kaiserreichs auf seine innere und äußere Zugehörigkeit zu ganz verschiedenen Lebenskreisen zurück: Großagrarier mit politischen Neigungen zum Liberalismus; preußischer Offizier polnischer Nationalität; Katholik mit guten Verbindungen zu einflußreichen deutschen und italienischen Kirchenfürsten, jedoch ohne Bindungen an das Zentrum; Berufsoffizier mit Neigungen zur Medizin und juristischem Studium und schließlich umschwärmter Junggeselle, dessen Ratschläge durch die Frauen hochgestellter Persönlichkeiten vermittelt wurden.

lich nicht als Angehöriger des polnischen Adels und als Befürworter einer bestimmten Lösung des polnischen Problems, sondern als Vertrauensmann des Kaisers und Sachbearbeiter des Generalstabs gegenüber. Seine politische Stellung im kaiserlichen Deutschland beruhte ja gerade darauf, daß er sich offiziell von den politischen Bestrebungen des preußischen Polentums distanzierte. Er unterstützte daher weder die Kampfverbände des Polentums noch das Zentrum, sondern trat als Mitglied der Nationalliberalen Partei bei. Innerhalb dieser betont „nationalen“ Partei spielte er, gestützt vor allem auf Eugen Schiffer, eine recht bedeutende Rolle dadurch, daß er Reichskanzler Bethmann-Hollweg viele Jahre hindurch sachkundig über die interne Entwicklung dieser Partei, die durch ihren Führer Bassermann mit der Bülow-Fronde verbunden war, unterrichtete.

Man darf annehmen, daß das Gespräch zwischen Hutten-Czapski und Levyčkyj von beiden Seiten mit größter Vorsicht und starker Zurückhaltung geführt worden ist. Der polnische Graf bejahte zwar ein Ausspielen der ukrainischen Karte gegen das Zarenreich und war ja auch durch seinen Auftrag im Generalstab gehalten, die Bestrebungen der rußländischen „Fremdvölker“ genau zu beobachten. Levyčkyj war jedoch einer der Wortführer des galizischen Ukrainertums in Osterreich. Und wenn auch Hutten-Czapski in erster Linie eine engere Verbindung des von ihm erstrebten polnischen Staates mit dem Deutschen Reich verfolgte, so faßte er als polnischer Patriot als zweitbeste Lösung auch eine Angliederung der bisher zum Zarenreich gehörenden Teile Polens an die Donaumonarchie ins Auge. Bis zu einem gewissen Grade waren daher die „austropolnischen“ Tendenzen auch die seinen. Das bedeutete aber, daß sein Gespräch mit dem ukrainischen Parlamentarier mit Notwendigkeit in ein Zwielficht geraten mußte, ging es doch Levyčkyj bei seinem Besuch in Berlin darum, Verbindungsfäden zur Reichspolitik zu finden, die geeignet waren, ein „reichsdeutsches“ Gegengewicht gegen die mit einer austropolnischen Hypothek belastete österreichische Politik zu finden. Es war für ihn daher eine große Überraschung, daß er mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter unbefangener über seine Pläne und Hoffnungen sprechen konnte, als mit gewissen Berliner Amtsstellen, die entweder keine Vorstellung über die Ostprobleme hatten oder aber unter dem starken Einfluß eines Mannes zu stehen schienen, den er nach seinen Erfahrungen in Galizien als Volksgegner ansehen mußte. Unbefangen konnte er mit dem Prinzen Hohenlohe deswegen sprechen, weil dieser nicht zu den besonderen Förderern austropolnischer Pläne gehörte⁷⁾.

Über das Gespräch Levyčkyjs mit dem damaligen Unterstaatssekretär Zimmermann gibt Prinz Hohenlohe eine Darstellung, an der besonders bemerkenswert ist, daß das Auswärtige Amt den ru-

⁷⁾ Conrad von Hötzen dorf, Aus meiner Dienstzeit, V, 217.

mänischen Gesandten zu der Aussprache hinzugezogen hatte. In dem Telegramm⁸⁾ des Botschafters heißt es:

„Herr Lewyckj setzte Unterstaatssekretar auseinander, wie notwendig es sei, daß die ruthenischen Jugendwehren österreichischerseits in ein Verhältnis zum Heer gebracht würden, um bei ihrem Vorgehen mit unseren Truppen nicht als Franktireurs behandelt zu werden. Weiter habe Lewyckj die Notwendigkeit der Errichtung einer ruthenischen Universität betont und schließlich die Bitte um eine größere finanzielle Subvention an die deutsche Regierung gerichtet. Herr Zimmermann, der auf alle Mittel, Rußland zu schwächen, mit Begeisterung eingeht, hat erklärt, die deutsche Regierung werde gewiß gerne gemeinsam mit uns das ihrige hierzu beitragen. Ich habe Unterstaatssekretär im Sinne des Telegramms Euer Exzellenz Nr. 460 vom 24. d. Mts. erklärt, daß ein Erfolg dieser gewiß sehr wünschenswerten Bewegung uns vorläufig noch sehr problematisch erscheine, daß die k. u. k. Regierung aber gewiß sehr gerne bereit wäre, das ihrige hierfür zu tun. Weiteres habe ich dem Unterstaatssekretär, seiner Bitte entsprechend, eine kurze schriftliche Festlegung unseres Standpunkts in der polnischen Frage mit der Bitte um baldmöglichste Gegenäußerung übergeben. Herr Zimmermann hält mit der diesfälligen Ansicht seiner Regierung sehr zurück und weist immer wieder auf die Schwierigkeit hin, die sich aus dieser Frage ergeben würde. Ich habe den Unterstaatssekretär nicht im Zweifel darüber gelassen, daß wir auf das allerbestimmteste auf dem von uns eingenommenen Standpunkt verharren und von der deutschen Regierung in unserem beiderseitigem Interesse ein Eingehen hierauf erwarten mußten. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß die kaiserliche Regierung ihre Einwendung von selbst fallen lassen wird, sobald die russische Gefahr — von der wegen der schwierigen Lage in Ostpreußen jetzt alles hier sehr impressioniert ist — endgültig gebannt sein wird. Momentan herrscht hier das Gefühl vor, es müsse unbeschadet aller späteren Maßnahmen kein Mittel gescheut werden, um Gegner für Rußland zu gewinnen.“

Der polnische Schatten im Dreieck Berlin - Budapest - Wien

Bevor wir weiter der Frage nachgehen, wie die Mittelmächte die Möglichkeiten einer ukrainischen Politik sahen und welche Befürchtungen und Erwartungen im Laufe des Krieges bis zum Ausbruch der russischen Revolution entstanden, müssen wir ganz kurz die Problematik charakterisieren, die sich aus der polnischen Frage ergibt.

Ebba Dahlin⁹⁾ hat mit Recht hervorgehoben, daß die deutsche Reichspolitik bis zum September 1914 eine durchaus klare Zielsetzung hatte. Man fühlte sich angegriffen und dachte daher in den Kategorien der Verteidigung. Da Rußland der im Augenblick gefährlichste Angreifer war, galt es, alle Maßnahmen zu unterstützen,

⁸⁾ Nr. 465 v. 27. 8. 1914.

⁹⁾ Ebba Dahlin, *French and German Public Opinion on Declared War Aims 1914—1918*, Stanford 1933.

die das Zarenreich schwächen konnten. Ließ sich mit ukrainischer Hilfe eine Zersetzung der russischen Armee erreichen, so war das eine begrüßenswerte Aktion. Von Kriegszielen im Sinne einer zu erstrebenden politischen Neuordnung Osteuropas läßt sich jedoch noch in keiner Weise sprechen.

Auch das Wiener Kabinett wurde in den ersten Wochen allein durch den Gesichtspunkt der Verteidigung bestimmt. Hier waren jedoch einflußreiche Kräfte am Werke, um in der polnischen Frage eine programmatische Stellungnahme herbeizuführen. Bereits am 6. August suchte Finanzminister Biliński¹⁰⁾, der damals der Hauptverbindungsmann der galizischen Polen zum Hofe war, Conrad von Hötzendorf auf, um etwas über die Kriegsziele der Militärs zu hören. Hötzendorf wich aus, gab aber zu, daß vielleicht ein innerer Umbau der Monarchie notwendig werde. In der nächsten Kabinettsitzung wurde eine Erklärung für die im Zarenreich lebenden Polen beschlossen, dabei trat Baron Burian, der in Vertretung des ungarischen Ministerpräsidenten teilnahm, jedoch sehr entschieden für die Aufrechterhaltung der dualistischen Gliederung des Kaiserreichs ein. An der nächsten Kabinettsitzung am 12. August nahm auch der Präsident des Polenklubs, Dr. Leo, teil. Dem vereinten Einsatz Bilińskis und Leos gelang es nicht, die von Budapest ausgehenden Widerstände und die Bedenken der Militärs zu überwinden. Freilich ließ sich auch das Argument des Finanzministers, daß ohne ein Zukunftsprogramm für die Polen die Aufstellung von Legionen unmöglich sein werde, nicht widerlegen. Das Resultat der verschiedenen Auseinandersetzungen war schließlich doch ein Schritt in Richtung auf die austropolnische Lösung. Als Instrument dieser Zielsetzung wurde unter Leitung des Abg. v. Jaworski ein Oberstes Polnisches Nationalkomité (OPNK) geschaffen, das insbesondere im Wiener Außenministerium einen starken Rückhalt fand¹¹⁾.

Wenn auch in den ersten Wochen offiziell kein nennenswerter Unterschied zwischen der Auffassung Berlins und der Wiens bestand, so war doch unverkennbar, daß die Sympathien des Wiener Hofes und maßgeblicher Kabinettsmitglieder dem Gedanken einer Angliederung Kongreßpolens an die Doppelmonarchie galten. Das

¹⁰⁾ Leon Biliński, *Wspomnienia i Dokumenty 1846—1919*, Warschau 1924, Bd. I, 304 ff.

¹¹⁾ Arthur Hausner, *Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkrieges*, Wien 1935.

beschwor freilich schwierige Verfassungsprobleme herauf, da der ungarische Ministerpräsident — im Gegensatz zu dem Grafen Julius Andrassy¹²⁾ — an der dualistischen Reichsgliederung dogmatisch festhielt. Hinzukam, daß sowohl eine Reichsreform im Sinne des Trialismus wie auch in der Form eines „Subdualismus“ die ohnehin schwierige Stellung der Deutschen noch weiter komplizieren mußte. Ein so kenntnisreicher Kaufmann wie Julius Meinl¹³⁾, der dem Kreis um den Thronfolger nahegestanden hatte, warnte.

Falls sich eine Angliederung Kongreßpolens an Galizien nicht vermeiden ließ, wünschte Tisza als Sicherung auf der einen Seite eine möglichst intensive Inkorporation der neuen polnischen Landesteile in die österreichische Reichshälfte, auf der anderen Seite den Anschluß Bosniens, der Herzegowina und eventuell auch Dalmatiens an die Länder der Stefanskronen. Diese Konzeption ergab sich aus der tatsächlichen Stellung der madjarischen Führungsschicht in der „ungarisch-österreichischen“ Monarchie, ein ergänzendes Argument folgte aus dem außenpolitischen Gesichtspunkt, daß ein Aufrollen der polnischen Frage jeden Ausgleich mit Rußland in der Form eines Sonderfriedens unmöglich machen mußte.

Im Ergebnis stimmte also der ungarische Ministerpräsident — wenn auch aus anderen Motiven — weitgehend dem Standpunkt der deutschen OHL zu. Sie wünschte, daß das besetzte bzw. zu besetzende kongreßpolnische Gebiet nur so weit „verwaltet“ würde, wie es militärische und wirtschaftliche Erfordernisse tunlich erscheinen ließen. Eine politische Initiative in Richtung auf eine Lösung der polnischen Frage war ihr unerwünscht, weil sie einen deutsch-russischen Ausgleich unmöglich machen mußte und auch eine strategisch als günstiger angesehene neue Grenzziehung im Osten ausschloß. Ein ostpolitisches Konzept der OHL bestand freilich nicht¹⁴⁾.

Ab Oktober 1914 bahnt sich in der Frage der Kriegsziele eine Änderung an. Sie betrifft in erster Linie die Westfragen und entspricht in gewisser Beziehung den englandfeindlichen Tendenzen

¹²⁾ Count Julius Andrassy, *Diplomacy and the War*, London 1924, S. 145 ff.

¹³⁾ Nachlaß Steinacker.

¹⁴⁾ Das ist offenbar auch die Meinung von Werner Conze in seinem Beitrag „Nationalstaat oder Mitteleuropa?“. (Rothfels Festschrift, S. 204).

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß eine von 1341 Personen unterzeichnete Petition ausdrücklich erklärte, daß das deutsche Volk Siedlungsland vom Zarenreich verlangen müsse. Die russische Bevölkerung sei nicht so wurzelfest mit dem Boden verwachsen, so daß die Umsiedlung kein Problem darstelle. Bei der Vorbereitung dieser Petition, die für die Vorgeschichte späterer Umsiedlungsvorgänge wichtig ist, hatte der Berliner Theologe Prof. D. Reinh. Seeburg

der Rechtsparteien und der Bürokratie. Während jedoch vom Spätherbst 1914 an in Frankreich die Forderung nach Rückkehr Elsaß Lothringens und Eingliederung des ganzen linken Rheinufers sehr energisch und einheitlich vorgetragen wird, bleibt die deutsche öffentliche Meinung und mit ihr die Reichspolitik in der Formulierung ihrer westlichen Kriegsziele unklar, widerspruchsvoll und ohne feste Überzeugung¹³⁾. Für den Osten wollte man in Berlin, wenn auch mit Vorbehalten, den Bundesgenossen die Führung überlassen. Anscheinend haben dabei auch konfessionelle Gesichtspunkte¹⁴⁾ eine Rolle gespielt, zumindest nahm man im Posener Abkommen vom 9./10. Januar 1915 auf Österreich-Ungarn als „katholische Vor-

eine besondere Rolle gespielt. Die Ukraine wurde nicht erwähnt. Auch der Historiker Friedrich Meinecke setzte sich für den Erwerb von Siedlungsland auf Kosten des Zarenreichs ein, vgl. „Das größere Deutschland“ Nr. 31 vom 31. 7. 15. Eine freilich gehässig ausgewählte Zusammenstellung verschiedener Wünsche veröffentlichte S. Grumbach unter dem Titel „Das annexionistische Deutschland“ (Lausanne 1917).

¹³⁾ Ebba Dahlin a. a. O. S. 45. Die Initiative für die Entwicklung ostpolitischer Konzeptionen lag z. T. bei den Mittelparteien. Wichtig war für ihre Entfaltung rein psychologisch, daß sie angesichts der schroff rußlandfeindlichen Haltung der Sozialdemokratie dann Aussicht hatten, in den breiten Volksschichten populär zu werden, wenn sie die „Zertrümmerung des Zarismus“ mit der Befreiung von „unterdrückten Völkern“ verbanden. Die Fortschrittliche Volkspartei trat ab Herbst 1914 für mäßige Gebietsveränderungen ein. Ende 1915 stand ihre Reichstagsfraktion geschlossen auf dem Standpunkt, daß die Ostgrenze zumindest bis zum Narew hinausgeschoben werden müsse. Für eine Loslösung aller Fremdvölker vom russischen Koloß trat besonders entschieden der Abg. Müller-Meinungen ein, vgl. Hermann Ostfeld, Die Haltung der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei zu den Annexions- und Friedensfragen in den Jahren 1914—1918, Würzburger phil. Diss. 1933. Auch in der Sozialdemokratie gab es ähnliche Auffassungen. Das offizielle Ziel „Friede ohne Annexion“ wurde in der Parteipresse z. T. sehr verschieden interpretiert. Am 27. 8. 1914 erklärte z. B. das „Hamburger Echo“, Deutschland müsse künftig von Nachbarstaaten umgeben sein, die politisch und wirtschaftlich eng mit ihm verbunden werden: „im Osten freies Polen, selbständiges Finnland, freies Baltien.“ Im Westen könnten die Flamen in ein engeres Verhältnis zu Holland treten. Zu den Schwankungen der SPD in der Frage der Kriegsziele vgl. auch A. Joseph Berlau, The German Socialdemocratic Party 1914—1921, New York 1949, S. 80 ff, 131 ff. Max Cohen warf später (Sozialistische Monatshefte 4. 10. 20) der SPD vor, sie habe eine „altliberale“ Außenpolitik getrieben. Der Gedanke der Zertrümmerung Rußlands, die Aufrichtung eines Königreichs Polen, einer selbständigen Ukraine sowie baltischer Randstaaten sei im englischen Interesse gewesen und hätte daher kein sozialistisches Ziel sein dürfen. Ein Mann wie Dr. David sei einfach Rohrbach gefolgt.

macht des Ostens" besondere Rücksicht und teilte das für die polnischen Katholiken so wichtige Paulanerkloster Jasna Góra als Enklave dem österreich-ungarischen Verwaltungsgebiet zu¹⁷⁾.

Mit der Einnahme Warschaus (5. 8. 1915) ergab sich in Berlin und Wien erneut die Frage, ob die bisherige Politik des Hinausschiebens aller Entscheidungen weiterhin haltbar sei? Im österreichischen Kabinett war man trotz aller Budapester Bedenken doch der Meinung, daß die polnische Karte gespielt werden solle. Gestützt auf den katholischen Klerus und die Gutsbesitzer werde sich Österreich in Kongreßpolen leicht Freunde machen können.

Von den beiden ersten Militärgouverneuren war Baron Diller ein „außerordentlich warmer Freund der Polen“¹⁸⁾, er wurde dann auch zum österreich-ungarischen Generalgouverneur ernannt. Unter Vermeidung aller öffentlichen Diskussionen über staatspolitische Fragen sollte versucht werden, die polnische Bevölkerung für ein austro-polnisches Programm zu gewinnen, auf das man sich freilich nicht festlegen lassen wollte. Durch Erlaß vom 20. 2. 1916 wurde die Verwaltung angewiesen, auch nicht den Anschein zu erwecken, daß das polnische Element auf Kosten des ukrainischen bevorzugt werde¹⁹⁾.

Für die Polenpolitik des Deutschen Reiches, die weiterhin einer klaren Zielsetzung ermangelte, fiel dadurch in gewisser Hinsicht eine Vorentscheidung, daß auf besonderen Befehl²⁰⁾ des Kaisers Hutten-Czapski dem AOK zugeteilt wurde, das Warschau nehmen sollte.

Mit diesem Befehl, den der Chef des Militärkabinetts von Lyncker am 4. 8. dem Prinzen von Bayern zustellte, war gewiß noch nicht das Programm des polnischen Grafen übernommen. Immerhin: kurz vor Kriegsausbruch hatte der Kaiser ihm versichert, daß er einen „selbständigen polnischen Staat“ wiederherstellen wolle²¹⁾. Ausdrücklich hatte er hinzugefügt, daß er dabei auf seine Unterstützung und die des Bischofs Likowski rechne. Im Namen des Kaisers hatte Hutten-Czapski Hindenburg den Feldmarschallstab überreicht, später bekam er den Auftrag, General Beseler von der bevorstehenden Ernennung zum Generalgouverneur vertraulich zu verständigen. Da es für die Lösung der polnischen

¹⁶⁾ Wie wichtig die „protestantischen“ Gesichtspunkte bei letzten Grundentscheidungen der wilhelminischen Politik oft waren, zeigen die Abschnitte einer Weisung Bülow's, die in der „Großen Politik“ XXIX, 2 S. 598 f. ausgelassen wurden, vgl. Times Lit. Suppl. 25. 9. 1953, Zuschrift von James Joll.

¹⁷⁾ Hausner S. 12.

¹⁸⁾ do S. 28.

¹⁹⁾ do S. 58.

²⁰⁾ Hutten-Czapski II, 218 ff.

²¹⁾ do II, 145 u. 218 ff.

Frage weder in der Reichsregierung noch bei der OHL ein einheitliches Konzept gab, erhielt Hutten-Czapski mit seiner Kommandierung die Chance, entscheidende Vorarbeiten für die Durchsetzung seines Programms zu leisten. Er konnte jetzt deutsche Kenner der Ostfragen (Cleinow²³⁾, den Posener Oberbürgermeister Wilms²⁴⁾, einheimische Volksdeutsche²⁵⁾ ganz oder teilweise ausschalten. Er konnte den Chefs der deutschen Dienststellen diejenigen Vertreter des Polentums zuführen, die seiner Konzeption entsprachen. Und er konnte insbesondere über seinen Duzfreund Chelius dafür sorgen, daß der Kaiser über den Fortgang der Dinge solche Berichte erhielt, die geeignet waren, die eigenen Pläne und Vorschläge zu fördern. Mochten auch die verschiedensten Kreise — wirkliche Kenner der Ostfragen und ganz unberufene Ratgeber — fieberhaft Denkschriften²⁶⁾ entwerfen und die unterschiedlichsten Vorschläge machen, im modernen Großstaat kam es entscheidend darauf an, wer die Spitzen fortlaufend und diskret informierte.

Als Informationsquelle über polnische Fragen war Hutten-Czapski beim Kaiser, beim Reichskanzler, im Auswärtigen Amt, für die Fraktionen der Reichstagsmehrheit und bei einigen führenden Militärs (z. B. Mackensen) von entscheidender Bedeutung. Die OHL und die preußische Staatsregierung suchten sich andere Quellen. Als der Chef des Militärkabinetts dem eben zum Generalgouverneur ernannten General Beseler mitteilte, daß der Kaiser ihm den Oberstleutnant Hutten-Czapski, „der übrigens das Vertrauen Seiner Majestät in hohem Maße genießt“, zugeteilt habe, war das nach Lage der Dinge ein politischer Fingerzeig. Wenn auch die ersten Vorstellungen Beselers nicht ganz mit denen seines ersten Ratgebers übereinstimmten, so ist doch unverkennbar, daß der Gedanke, die Ausrufung eines polnischen Staates sei im Interesse der Mittelmächte, stark auf das umsichtige Wirken des polnischen Grafen zurückzuführen ist. Beseler hatte sich schon im Dezember 1915 für diese Lösung entschieden, im März fand sie die Billigung des Reichskanzlers.

²³⁾ do II, 229 f.

²⁴⁾ do II, 224.

²⁵⁾ Das zeigen u. a. die Erinnerungen, die Adolf Eichler 1942 unter dem Titel „Deutschtum im Schatten des Ostens“ veröffentlichte.

²⁶⁾ Die Haupttendenzen dieser Denkschriften charakterisiert W. Conze a.a.O. S. 208. Für die Entwicklung des ukrainischen Problems war bedeutsam, daß die im Dezember 1914 vom Alldeutschen Verband vorgelegte große Denkschrift eine selbständige Ukraine vorsah, vgl. die Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, 12. Bd. I, 49 (Gutachten Volkmann). Wie stark der wirkliche Einfluß der Alldeutschen auf die OHL und bestimmte Parteien war, ist durch die bisherige Forschung m. E. noch nicht ausreichend geklärt worden.

Unterschätzt wird auch der liberale Anteil an der annexionsfreundlichen Willensbildung, vgl. etwa die Denkschrift Neumann-Hofers vom Sommer 1915 in

Hutten-Czapskis Programm ging von dem Gedanken der historischen Einheit aus. Ethnographische Gesichtspunkte spielten für ihn keine Rolle. Wenn er auch bereit war, die Frage der staatsrechtlichen Zugehörigkeit Posen-Westpreußens und Galiziens zunächst auf sich beruhen zu lassen, so steuerte er doch von Anfang an auf eine sehr weit nach dem Nordosten und Osten verlegte Ostgrenze hin: daß Litauen, die weißruthenischen Gebiete und bedeutende Teile der Ukraine zu dem neuen polnischen Staate gehören sollten, war ihm selbstverständlich²⁶⁾.

Mit dieser Zielsetzung ergaben sich mit Notwendigkeit erhebliche Schwierigkeiten für die Lösung der litauischen und der ukrainischen Frage, die mit dem Vorrücken der Truppen an Interesse und Bedeutung gewannen. Das mußte dann auch das Verhältnis der Mittelmächte untereinander berühren, wenn etwa Österreich-Ungarn entschlossen war, ein besonderes Ukraine-Programm zu entwickeln.

Hutten-Czapski sah offenbar eine solche Gefahr nicht als möglich an. Im Hinblick auf die austropolnischen Tendenzen war er jedoch zu einem Ausgleich innerlich bereit. Er traf sich mit dem Grafen Goluchowski, dem ehem. österreichisch-ungarischen Außenminister, in dem einen Punkte, daß die Unteilbarkeit Russisch-Polens die entscheidende Frage sei. Nach einem Berliner Besuch (Herbst 1915) war Goluchowski der Überzeugung, daß der Reichskanzler sowohl gegen eine Aufteilung der eroberten polnischen Gebiete unter die verbündeten Mächte als auch gegen eine „einfache Einverleibung“ Kongreßpolens in Cisleithanien sei. Diese Feststellung hatte ihn stark beruhigt. Um die Reichsregierung für seine persönliche Konzeption — Anschluß Kongreßpolens an die trialistische umgestaltete Habsburgermonarchie — zu gewinnen, legte Goluchowski dem Reichskanzler nahe, die Ostseeprovinzen zu annektieren — ein Gedanke, gegen den jedoch Bethmann-Hollweg schwere Bedenken erhob.

Erwiesen sich der polnische Graf Goluchowski und die Alldeutschen in der baltischen Frage als „strange bedfellows“, so war auf der anderen Seite zwischen den beiden polnischen Grafen aus Galizien und Posen keineswegs eine „Trennung von Bett und Tisch“ erfolgt. Die Unterschiede in der dynastischen Orientierung waren keineswegs unüberwindbare Gegensätze. Hutten-Czapski stimmte durchaus mit seinem Freunde Gerh. von Mutius, einem Vetter des den Tagebuchaufzeichnungen des Dänen H. P. Hanssen („Fra Krigstiden“, 3. Aufl., Kopenhagen 1925, I, 130 f.). Hier wird die Bildung eines Ukrainischen Staates vom Kaukasus bis zur galizischen Grenze als Kriegsziel der Fortschrittlichen Volkspartei bezeichnet!

²⁶⁾ Hutten-Czapski. II, 277, 283 ff, 288 ff (Vortrag beim Kaiser am 13. 6. 16: Polen wünschen Selbständigkeit und Vereinigung mit Litauen, Minsk sollte polnisch werden), 293.

Reichskanzlers, überein, der im April 1916 dem deutschen Regierungschef geschrieben hatte²⁷⁾:

„Die Konstituierung des polnischen Staates wird auf alle Fälle teuer werden, und an dem nötigen Geld wird es Österreich fehlen. Gerade mit Rücksicht auf seine südöstlichen und Adriaanliegen mußte es für Österreich von Wert sein, wenn durch ein an Deutschland angegliedertes Polen eine deutsch-russische Verständigung für die Zukunft unmöglich gemacht wurde. Als zunächst anzustrebendes Ziel erscheint mir ein an Deutschland angelehntes Königtum Polen, welches das möglichst unverkurzte Kongreßpolen umfaßt. Einer wirklichen Teilung zwischen Deutschland und Österreich aber würde ich eine Angliederung Polens an Österreich mit nur geringfügigen militärischen Grenzberichtigungen unsererseits vorziehen.“

Gewiß beklagte sich Hutten-Czapski dem Reichskanzler gegenüber, daß die österreichischen Polen ihren Kaiser und die leitenden Minister so umgarnt hätten, daß für sie jede andere Lösung als die austropolnische (im Sinne eines Subdualismus) absurd sei. Aber diese Hinweise in dem Gespräch am 2. 6. 1916 sollten den Kanzler zu stärkerer Aktivität anspornen: erst die Zukunft mochte entscheiden, ob sich der polnische Staat schließlich nach dem Konzept Golurowskis, Hutten-Czapskis oder eines anderen Polen entwickeln würde. Im Augenblick kam es darauf an, beide Mächte zu einer wirklichen Initiative zu veranlassen — trotz aller Bedenken in Budapest und bei der deutschen OHL. Und für die Zukunft war nichts verdorben, wenn Russisch-Polen einheitlich behandelt würde. Daher kam es auch Hutten-Czapski immer wieder darauf an, vor einer neuerlichen Teilung Polens zu warnen:

„Eine Teilung zwischen Österreich und uns wäre gar keine Lösung. Auf Grund genauer Kenntnisse der Verhältnisse muß ich die bestimmte Überzeugung aussprechen, daß eine solche Teilung alle Polen Rußland in die Arme treiben würde“²⁸⁾.

Streit um das Cholmer Land

Polen — das war für Hutten-Czapski nicht das ethnographische, sondern das historische Polen. In dieser Definition lag jedoch ein Konfliktstoff verborgen, der nicht erst in den Weiten der ukrainischen Steppe, sondern schon in Russisch-Polen sichtbar wurde.

Der Ukrainische Nationalrat reichte Ende Oktober 1914 eine Denkschrift²⁹⁾ über die nationalen und kirchlichen Verhältnisse des

²⁷⁾ do II, 281.

²⁸⁾ do II, 288 und häufiger.

²⁹⁾ Wien gab diese Denkschrift am 4. 11. 15 dem Grafen Thurn nach Teschen weiter. Die meisten Vorschläge seien allerdings undurchführbar, immerhin müsse das Armee-Oberkommando informiert werden.

Gouvernements Cholm ein. Hier wurden Podlachien und das Cholmerland als alte ukrainische Siedlungsgebiete bezeichnet.

Soweit die höchst verwickelte Siedlungsgeschichte des Gebiets zwischen Memel, Bug und Narew aufgeklärt ist, läßt sich nur sagen, daß es sich hier um Landschaften handelt, in der sich jadowingische (altpreußische), masowische und „reußische“ Einflüsse trafen. Podlachien war gewiß längere Zeit unter reußischer Herrschaft, die Siedlungsgeschichte dieses Raums wird jedoch dadurch bestimmt, daß eine masowische Kolonistengruppe im Zuge ihrer Ausbreitung jadowingische und reußische Horste einschmilzt. Bis zur Polonisierung Podlachiens, die hauptsächlich im 18. Jahrhundert erfolgt, finden wir hier neben Litauern, Reußen und Polen vor allem das stammesmäßig besonders ausgeprägte Masowiertum. Noch um 1860 sind die östlichen Randbezirke Podlachiens auf einer Karte³⁹⁾ als weißruthenisch oder ukrainisch bezeichnet.

Gunstiger für die ukrainische These ist der Befund im Cholmerland. Es wird auch von führenden polnischen Forschern zugegeben, daß hier eine ursprünglich fast ausschließlich ukrainische Bevölkerung im Zuge des Kampfes zwischen der Unionskirche und der Orthodoxie mehr oder weniger polonisiert wurde. Hinzukommt ein kleinpolnischer Siedlungsvorstoß. Das Ergebnis der verschiedenen Siedlungs-, Bekehrungs- und Assimilierungsvorgänge war ein Polentum, das das der Literatursprache ähnlichste Polnisch sprach, „da es ein neues Polnisch ist, entwickelt auf einer volkstumsmäßig ukrainischen Grundlage“ (Lencewicz). Entscheidend waren hier kirchengeschichtliche Vorgänge: nach dem Toleranzedikt von 1905 gingen zahlreiche Angehörige der orthodoxen Kirche, deren Väter der 1875 durch Zarenukas aufgelösten griechisch-unierten Kirche angehört hatten, zum römischen Katholizismus über. Das bedeutete, daß sie den russischen Kultureinfluß mit dem polnischen vertauschten.

Der Ukrainische Nationalrat meinte, durch Wiederherstellung der Unierten Kirche könne man diesen (vielfach noch nicht abgeschlossenen) Vorgang der Polonisierung oder Russifizierung aufhalten und dann rückgängig machen. Würden die österreichischen Behörden die frühere griechisch-unierte Diözese von Cholm durch Ernennung eines Administrators und Bildung eines Beirats (aus galizisch-ukrainischen Priestern) restituieren, so würden sie viele Sympathien erwerben. Man war sich jedoch im Nationalrat nicht darüber klar, ob die Unierte Kirche eine ausreichende Anziehungskraft entwickeln würde. Daher riet man zu einer Schonung der Orthodoxen Kirche.

³⁹⁾ Dokumenty objasnajušcie istoriju zapadno-russkago kraja i ego otnošenija k Rossii i k Pol'se, Petersburg 1865; St. Lencewicz, Polska, Warschau 1938, S. 143 ff. Im Kalender des Krakauer Ilustrowany Kuryer Codzienny gab Józef Wąsowicz 1936 zu, daß Podlachien und das Cholmer Land von einer ostkirchlich gebundenen Bevölkerung reußischer Herkunft besiedelt wurden, die Polonisierung erfolgte im Zusammenhang mit den Kämpfen um die kirchliche Union (S. 88 f).

„Die jetzt lebende Generation hat größtenteils das Unrecht, das ihren Vorfahren angetan wurde, vergessen, vielmehr hat sie sich den orthodoxen Glauben zu eigen gemacht und würde infolgedessen jeden Versuch zur Wiederbekehrung als Vergewaltigung ihres Gewissens, als Aufdrängung einer fremden Religion empfinden. Es wäre also jetzt höchst unangemessen, die orthodoxen Ukrainer des Cholmerlandes oder Wolhyniens wieder zur Union, geschweige denn zum römischen Katholizismus von amtswegen oder offiziell bekehren zu wollen, die Kirchen, Klöster usw. für die unierte Konfession zu restituieren. Wenn wir uns hier für die Toleranz der Orthodoxie gegenüber, ja für das weitere Beibehalten dieses Glaubens erklären, so erlauben wir uns, um nicht mißverstanden zu werden, gleichzeitig hervorzuheben, daß es sich nicht um die russische, sondern um die ukrainische Orthodoxie handelt.“ Das bedeutete: Autokephalie, Wahlbarkeit aller kirchlichen Würdenträger, ukrainische Aussprache der kirchenslawischen Texte.

Während unter der orthodoxen Bevölkerung eine Ukrainisierung mit Hilfe von Popen aus der Bukowina erstrebt wird, resigniert der Nationalrat gegenüber dem Teil der römisch-katholischen Bevölkerung, der ukrainischer Herkunft ist. Da es keine katholischen Priester ukrainischer Gesinnung zu geben scheint, begnügt sich der Nationalrat mit der Anregung, in gewissen Gemeinden Nebengottesdienste in ukrainischer Sprache einzurichten, obwohl die hier zur Debatte stehende Bevölkerungsgruppe zahlenmäßig nicht klein war.

Im deutschen Schrifttum wurde gelegentlich die Meinung vertreten, daß die ukrainischen Ansprüche auf das Cholmerland völlig abwegig seien³¹⁾. Wenn man jedoch nicht bloß den Adel, die Geistlichkeit und die Stadtbevölkerung zählt, muß man zugeben, daß die Ukrainer ein durchaus legitimes Interesse an dieser Landschaft hatten. Die entscheidende Frage war freilich, wie weit es ihnen gelingen mochte, im russophil beeinflussten orthodoxen Bauerntum und in den römisch-katholischen Schichten, die seit einigen Jahrzehnten einen völkischen Gesinnungswandel durchmachten, Ansatzpunkte für eine Festigung des Ukrainischen zu finden. Da die Mehrheit der Bevölkerung zum Typ des „schwebenden Volkstums“ gehörte und nur eine Minderheit in ihrer nationalen Gesinnung eindeutig (polnisch, ukrainisch, russisch oder deutsch) profiliert war, kam es entscheidend auf die Maßnahmen an, die im kirchlichen und im kulturellen Bereich ergriffen wurden. Während die polnische Seite den status quo festzuhalten

³¹⁾ So z. B. Alfred Milatz, Der Friede von Brest Litowsk und die deutschen Parteien, ungedr. Diss. Hamburg 1949, S. 36. Auch die Bevölkerung des Cholmlands gehörte vorwiegend zu dem Typ des „Konfessionsvolkes“, daher kam den konfessionellen Verhältnissen ein großes Gewicht zu. Vor Ausbruch des Krieges standen die 311 000 Katholiken den 305 000 Orthodoxen und 142 000 Anderen (Israeliten, Lutheraner) gegenüber. Daß bei einem solchen Befund im deutschen Schrifttum der „polnische“ Charakter des Cholmlandes als zweifelsfrei erwiesen gilt, ist schwer verständlich.

suchte und in der orthodoxen Kirche die russophilen Geistlichen den ukrainophilen vorzog, hieß das Stichwort für die Gegenseite stets: Ukrainisierung. Das zeigen auch die Schulvorschläge der Učytel'ska Hromada.

Gegenüber diesen schwierigen Problemen nahmen die Wiener Zentralbehörden eine Haltung ein, die die starke Rücksichtnahme auf die Polen widerspiegelt. Bemerkenswert ist dabei eine regionale Differenzierung. In einem Erlaß an den Grafen Thurn²⁹⁾ heißt es u. a.:

„Wie Euer Exzellenz bekannt sein dürfte, geht das Bestreben der ukrainischen Politiker in Oesterreich dahin, das Cholmer Gebiet, welches historisch zu Kongreßpolen gehört, als ukrainischen Besitz zu reklamieren und dasselbe vollständig mit den übrigen von uns besetzten kleinrussischen Gebieten zu identifizieren.

Dieses Bestreben kommt auch in der beiliegenden Denkschrift zum Ausdruck, indem in derselben das Verlangen gestellt wird, daß alle im Cholmer Lande, sowie in dem östlichen Okkupationsgebiete befindlichen Volks- und Mittelschulen, in denen bisher russischer Unterricht erteilt wurde, in ukrainische Lehranstalten umgewandelt werden.

Die Durchführung dieses Wunsches in den Cholmer Bezirken würde von den Polen als Beweis dafür angesehen werden, daß wir die Absicht haben, diese durch die russische Regierung vor einigen Jahren von Polen abgetrennten Gebiete auch in Zukunft als ukrainisches Gebiet abzusondern und mit unseren Eroberungen in Wolhynien zu vereinen.

Nachdem es unerwünscht wäre, solche irrtümliche Auffassungen in polnischen Kreisen um sich greifen zu lassen, sollte die Schulfrage nach unserer Auffassung in dem Cholmer Bezirke mit der Vorsicht behandelt werden, daß die Umwandlung aller russischen Schulen, also auch aller Mittelschulen daselbst in ruthenische, als eine direkt gegen das Polentum gerichtete Maßregel angesehen würde.

Anders liegt die Sache in jenen von unseren Truppen okkupierten Gebieten Wolhyniens, deren dauernde Vereinigung mit Ostgalizien aus strategischen Rücksichten in Betracht kommen könnte. Hier haben wir alles Interesse daran, in der Schulfrage den Wünschen der ruthenischen Bevölkerung entgegenzukommen und die bisherigen russischen Volks- und Mittelschulen in ukrainische umzuwandeln. Zu diesem Zwecke wäre es wohl am zweckmäßigsten, verlässliche Kräfte aus Ostgalizien zu berufen, damit die Unterrichtsverhältnisse in den neubesetzten Gebieten mit jenen in Ostgalizien möglichst gleichartig gestaltet werden.“

Ukrainische Aspekte seit der russischen Revolution

Mit dem Ausbruch der russischen Revolution wurde jedoch für die Wiener Regierung die Taktik eines dilatorischen Vorgehens unhaltbar. Das k. u. k. Außenministerium hatte den übrigen Ressorts gegenüber den Standpunkt in der ukrainischen Sache Anfang 1915 wie folgt umrissen:

²⁹⁾ Erlaß vom 23. 3. 16 an den Grafen Thurn betr. ukr. Schulwesen im Okkupationsgebiet.

Nachdem die Erwartung, daß der Krieg sich zum Teil in der russischen Ukraine abspielen werde, getrogen habe, sei es notwendig geworden, die Verbindung zu den Organisationen und Personengruppen, die eine Losreißung der Ukraine vom Zarenreich erstrebten, aufzugeben. Das müsse auch dem SWU gegenüber geschehen, freilich in der Form, daß 1) die Lösung des Kontakts „nicht als Symptom eines vollständigen desintéressements an der ukrainischen Sache“ und 2) „das Bestehenbleiben des Bundes zur Befreiung der Ukraine (SWU) gewissermaßen en cadre ermöglicht werde.“

Die Desorganisation des Zarenreiches erweckte naturgemäß bei den Ukrainern Ostgaliziens und des Buchenlandes große Hoffnungen. Nachdem der letzte Versuch Kerenskij's, die russischen Heere zu einem Schlag gegen die Mittelmächte einzusetzen, gescheitert war, war ein Einmarsch in ostukrainische Gebiete in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Eine etwaige Verselbständigung der Ostukraine mußte jedoch zwangsläufig Rückwirkungen auf die ukrainischen Bestrebungen in der Donaumonarchie haben. Die Bildung eines aus Ostgalizien und dem Buchenland zu errichtenden neuen Kronlandes berührte jedoch die bisherige Verfassungsstruktur und vor allem die Grundlagen der austropolnischen Politik empfindlich. Nachdem der Versuch des Deutschen Reiches, in Polen militärische Verbände aufzustellen, als mißlungen zu betrachten war, schien es der Doppelmonarchie allein vorbehalten zu bleiben, die polnische Karte auszuspielen. Diese Lage machte sie wenig geneigt, eine ukrainische Initiative zu entfalten. Auf der anderen Seite zwang die drohende Hungersnot die Wiener Zentralbehörden, den Hinweisen der ostgalizischen Ukrainer auf die „Kornkammer Rußlands“ besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Hin- und hergerissen zwischen den verschiedenen Gesichtspunkten sah man sich in Wien gezwungen, an der bisherigen Politik des Lavierens festzuhalten. Noch Ende August 1917 wies man den Ritter von Storck³³⁾ im Armeekorps an, bei der Propaganda des SWU in Kriegsgefangenenlagern weiterhin sehr vorsichtig zu sein:

„Ich kann mich der Würdigung der Tatsache nicht verschließen, daß sich heute, infolge der revolutionären Ereignisse in Rußland, die ukrainische Frage für die Monarchie in einem ganz anderen Lichte darstellt, als dies zu Beginn des Krieges

³³⁾ Geheimerlaß vom 31. 8. 17, Nr. 4754 zum Bericht 21918 vom 5. 8. 17. Die polnische Presse warf zur gleichen Zeit dem General Graf Waldersee vor, daß er in Podlachien ukrainische Propaganda fördere. „Naprzód“ fragte am 8. 7. 17, ob die Berliner Behörde diese Taktik im „Walderseeland“ billige?

der Fall war. Tatsächlich hat es den Anschein, als ob die derzeitigen russischen Machthaber den ukrainischen Gebieten des russischen Reiches so weitgehende nationale und politische Sonderrechte einzuräumen bereit wären, an welche die seitens der k. u. k. Regierung den hierländischen Ukrainern etwa zu gewährenden Freiheiten nicht annähernd heranreichen konnten, wenn anders die Einheit des österreichischen Staates nicht gefährdet werden soll. War daher in den ersten Jahren des Krieges der leitende Gedanke der k. u. k. Regierung bei Behandlung der ukrainischen Frage derjenige, die nationale Bewegung so weit zu fördern, daß die russischen Ukrainer in der k. u. k. Monarchie eine Stütze gegen die großrussische Unterdrückung erblicken müßten, so hat die unerwartet schnell eingetretene innere Umwälzung in Rußland eine neue Lage geschaffen, die — wenn sie sich dauernd behaupten sollte — die Gefahr in sich birgt, daß sich jetzt umgekehrt die österreichischen Ukrainer zu ihren Stammesgenossen in Rußland hingezogen fühlen.

Gerade diese unleugbar bestehende Gefahr läßt es jedoch nicht für ratsam erscheinen, die von der k. u. k. Regierung der ukrainischen Bewegung gegenüber bisher beachtete wohlwollende Haltung plötzlich zu ändern, da es in diesem Falle zu befürchten wäre, daß auch die in ihren Hoffnungen getäuschten, bisher austrophilen Ukrainer offen in das Lager ihrer jenseits der Grenzpfähle lebenden Stammesgenossen übergingen, die anscheinend — zumindest im Laufe des gegenwärtigen Krieges — eine alles eher als der Monarchie freundlich gesinnte politische Richtung einzuschlagen gesonnen sind.

Wenn mir daher schon von diesem allgemeinen Standpunkte aus betrachtet, die dilatorische Behandlung der ukrainischen Frage — ich meine hierunter die Beibehaltung der seitens der k. u. k. Regierung dieser Bewegung gegenüber bis nun beobachteten wohlwollenden Haltung, wobei das Maß der den Ukrainern bisher gewährten Unterstützung jedoch keinesfalls zu überschreiten wäre — geboten erscheint, so ist dies noch in weit höherem Maße der Fall, wenn die Bedeutung der ukrainischen Bewegung im Zusammenhang mit der polnischen Frage gewürdigt wird.*

Ganz anders reagierten die reichsdeutschen Dienststellen. Die Enttäuschung über die polnische Entwicklung war so allgemein, daß die polnische Frage ihre zentrale Bedeutung im ostpolitischen Denken rasch verlor. Die dritte O.H.L. interessierte sich in erster Linie für Kurland und Litauen, außerdem trat sie für eine Annexion bis zur Linie Narew-Lodz-Warthe für den Fall einer austropolnischen Lösung ein. Sie begründete ihre Forderungen mit strategischen Gesichtspunkten. Ohne Zweifel verließ sie mit ihrer Argumentation vielfach den Boden militärischer Erfordernisse, da es ihr entscheidend um Machtzuwachs ging. Dieser Machtzuwachs war nach Meinung der OHL unerläßlich, um für den Fall eines zukünftigen „wahrhaftigen Krieges“ eine günstige Ausgangsposition

zu besitzen³⁴⁾. Bei dem wünschenswerten Erwerb von Raum und Menschen spielten Probleme, die sich aus der völkischen und kulturellen Struktur ergaben, nur eine zweitrangige Rolle. Immerhin wollte man sich in erster Linie auf die Deutschen und die kulturell nach Deutschland ausgerichteten Gruppen stützen. Ohne Zweifel war diese Kulturvorstellung stark protestantisch gefärbt, bei der Siedlung in Oberost sollten z. B. auch diejenigen Baltendeutschen ihre Güter verlieren, die der griechisch-orthodoxen Kirche beigetreten waren³⁵⁾.

Während militärische und zivile Behörden im Laufe der ersten Kriegsjahre in der polnischen Frage immer wieder Enttäuschungen, Rätsel, Überraschungen und Schwierigkeiten haben erleben müssen, war das ukrainische Problem hier im Bereiche der Diskussion, d. h. des Wünschbaren geblieben. Als Friedrich Meinecke im Juni 1916 in der „Neuen Rundschau“ unter Bezugnahme auf Radowitz die These vertrat, daß ein großes Volk die Bedingungen seiner Existenz nicht auf sein Sprachgebiet beschränken könne, sah er als künftige Grenze zwischen Rußland und dem mitteleuropäischen Staatensystem im Südosten den Sereth an. Ob die Ukraine weiterhin am Rande des Weges, auf dem die Entwicklung der Welt fortschreitet, bleiben werde, sei ungewiß, weil niemand das ukrainische Volkstum genau kenne. Als dann jedoch der Ausbruch der Revolution die Möglichkeit einer Realisierung der SWU-Wünsche ergab, konnte man sich kaum mit diesem Urteil wohlwollender Zurückhaltung begnügen.

Zerfall des bisherigen Rußlandbildes

Von großer Wichtigkeit für die Orientierung Berlins in der ukrainischen Sache war, daß sich in der öffentlichen Meinung der Bildungsschicht erst kürzlich ein grundlegender Umschwung in der Beurteilung der Ostfragen vollzogen hatte. Es gab kaum einen wirklichen Experten, der in der Lage gewesen wäre, die verworrenen Nachrichten über die Vorgänge in Kiew richtig zu analysieren. Unter dem Einfluß des neuen Osteuropa-Bildes fühlte man jedoch, daß die Ukraine eine Schlüsselstellung haben werde — einmal in

³⁴⁾ Den Konflikt über die Ostannexionen hat Erhard Walz in seiner Berliner Diss. „Reichsleitung und Heeresleitung in der Periode des Friedens von Brest Litowsk“ (Düsseldorf 1936) gut geschildert.

³⁵⁾ Richard Stupperich, Siedlungspläne im Gebiet des Oberbefehlshabers Ost (Militärverwaltung Litauen und Kurland) während des Weltkrieges: Jomsburg V (1941) S. 364.

Hinblick auf die sog. Randstaaten-Politik, zum anderen hinsichtlich der Ernährungsfrage.

Jahrzehnte hindurch hatten vor allem die Professoren (z. B. Schieman und Hoetzsch) ein Rußlandbild entworfen, das den Gedanken der Einheit des Zarenreichs und der traditionellen Freundschaft mit Preußen-Deutschland in den Mittelpunkt rückte. Innerhalb der Bürokratie, der Militärkreise und der Rechtsparteien war die Idee der „Einheit Rußlands“ fast zu einem dogmatischen Satz geworden.

Unter dem Einfluß einer jüngeren Gruppe von Publizisten, zu der vor allem im Reich lebende Baltendeutsche zu rechnen waren, hatte jedoch die Meinung, daß sich der Vielvölkerstaat Rußland mehr und mehr in seine nationalen Bestandteile auflösen werde, an Boden gewonnen³⁷⁾.

Man wird gut tun, das erwachende Interesse an den „Randvölkern“ in Verbindung mit der Mitteleuropa-Konzeption Friedrich Naumanns³⁷⁾ zu sehen. Bis zum Herbst 1917 hatten mehr als 100 000 Leser dies Buch erworben, dessen (in vieler

³⁷⁾ Der Gedanke, daß die Wiederherstellung einer engen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland u. U. durch gewaltsame Einsetzung einer neuen Regierung in Petersburg oder Moskau erzielt werden müsse, hat freilich gleichfalls eine große Rolle gespielt, vor allem im Jahre 1918. Leider fehlt eine genaue Untersuchung der Ost-Vorstellungen der führenden Politiker der Mittelmächte. Helfferichs Haltung beleuchtete Kurt von Raumer in seinem Aufsatz „Zwischen Brest Litowsk und Compiègne: die deutsche Ostpolitik vom Sommer 1918 (Baltische Lande IV, S. 1—13). Rathenau sah z. B. eine Auswertung der großen wirtschaftlichen Möglichkeiten auf dem Balkan und im Vorderen Orient nur dann für möglich an, wenn nach einer raschen Besetzung Rußlands eine zur Zusammenarbeit bereite Regierung gebildet würde, vgl. Eric C. Kollmann, Walther Rathenau and German Foreign Policy: Journal of modern history XXIV, 2 (1952) Stresemanns Einstellung wird durch das Material beleuchtet, das Hans W. Gatzke unter dem Titel „Deutsch-Russische Beziehungen im Sommer 1918“ (Vj. f. Zeitgeschichte III, 1955, Heft 1) veröffentlicht hat.

³⁷⁾ Theodor Heuß, Friedrich Naumann, Tübingen 1949, insbes. S. 369 ff, 374, 400, 406. Daß Naumanns „Mitteleuropa“-Konzeption nicht ein Resumé der bisherigen Reichspolitik, sondern ein Echo auf die Blockade war, hat Henry Cord Meyer sehr schön in seinem Aufsatz „German Relations with Southeastern Europe“ (American Historical Review 57, S. 90) gezeigt. Ebba Dahlin meint S. 74, daß Naumann in der Befreiung Polens den ersten Schritt für die Verwirklichung seines Plans sah. Der Kaukasier M. von Tseretheli sah 1917 in Naumann einen Garant für eine Politik, die den Randvölkern des Zarenreichs die Freiheit bringen werde. Man müsse jedoch rascher handeln: „Große Ideen dürfen in nicht gar zu kleinen Portionen aufgetragen werden“ (Die Befreiung Polens und das Nationalitätenprinzip bei den Zentralmächten und bei der Entente, Bern 1917). Der Naumann-Kreis mahnte immer wieder zu größerer Initiative, während die Konservativen (mit Ausnahme des Landbündlers Dr.

Hinsicht unklare) Gedankengänge entscheidend durch die Blockade bestimmt waren. Da die maßgeblichen Kriterien für die „großen Einheiten“ nicht im Geographischen, sondern im Wirtschaftlichen und im Willen liegen, ließen sich mit der „Mitteleuropa“-Idee sehr verschiedene Gesichtspunkte verbinden. Bildete die Raumeinheit der beiden Mittelmächte zunächst die Ausgangsbasis, so erweiterte sie sich sehr rasch auch im Denken Naumanns durch Bulgarien. Da es für ihn nicht um einen „Entscheidungskampf zwischen Germanen und Slawen“, sondern um die „Geschichtsprobe Mitteleuropas“ ging, galt es, die Probleme der Völker slawischer Zunge auch unter dem mitteleuropäischen Aspekt zu sehen. Naumann war sich in der Polenfrage der großen Schwierigkeiten durchaus bewußt und legte sich ein Jahr Schweigen auf, „weil mir die Sache zu schwer ist“ (5. 8. 15). Dann gewann das polnische Problem in seinen Vorstellungen eine zentrale Bedeutung. Eine Aussprache mit Ludendorff, in der sich der General Polen gegenüber „absolut pessimistisch“ (23. 10. 17) äußert, beendet die Periode himmelblauen Optimismus. Durch Paul Rohrbach war ihm die These von der völkischen Eigenständigkeit der Ukraine wohl vertraut. Wenn wir auch nicht wissen, wie sich Naumann vor Brest-Litowsk dieser neuen Problematik gegenüber verhielt, so dürfen wir doch feststellen, daß sich der Mitteleuropa-Gedanke früh mit der Idee einer ukrainischen Staatlichkeit verknüpfte. Der Hinweis darauf, daß sich die „große Einheit Mitteleuropas“ nur dann verwirklichen lasse, wenn das Zarenreich zertrümmert und Rußland vom Schwarzen Meer abge-

Roesicke) das retardierende Moment darstellten. Auf die ersten Sitzungen, die sich 1914 auf Einladung Hugenbergs mit Kriegszielfragen befaßten, reagierten die konservativen Parteiführer Heydebrand und Graf Westarp nur teilweise zustimmend. Die Aneignung von Land „frei von Menschen“ (Claß, Hugenberg) lehnten sie aus grundsätzlichen Erwägungen ab, die in alldeutschen Kreisen vorhandenen Vorstellungen über Polen und die Ukraine fanden nicht ihre Billigung. Später bezeichnete Graf Westarp den Gedanken an ein „deutschfreundliches Polen“ als Illusion, in der ukrainischen Frage nahm er eine abwartende Haltung ein. Ein Teil der Konservativen wurde unter dem Einfluß des baltendeutschen Adels für das Konzept der Randstaaten-Politik gewonnen, so etwa Baron Knigge, Roesicke, von Goßler. Hauptgegner dieser Auffassung war im konservativen Lager Prof. Hoetzsch. Anscheinend wurde seine Meinung jedoch nur durch eine Minderheit der Fraktion geteilt, wenn auch die Parteiführung ein entschiedenes Auftreten für die Idee der Zerschlagung Rußlands vermied, vgl. Graf Westarp, *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs*, Berlin 1935, Bd. II, S. 35 f., 45, 573 ff.

schnürt sei³⁸⁾, mußte vor allem bei den Freunden Naumanns sehr stark wirken, die den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich in der Türkei ergaben, große Aufmerksamkeit schenkten. Naumann war durch das Verfahren, das in der Ukrainepolitik eingeschlagen wurde, beunruhigt. Seine Grundidee lag jedoch auf der Linie einer Randstaatenpolitik. Daß sich hier Spannungen mit den polnischen Bezügen des Mitteleuropa-Konzepts ergeben mußten, lag auf der Hand.

Bereits im 1. Jahrgang der 1916 von Ernst Jäckel, Paul Rohrbach und Philipp Stein herausgegebenen „Deutschen Politik“ warnte Dmytro Doncov, einer der Wortführer des SWU, vor der Begründung eines polnischen Staates. Wenn auch Rohrbach sich der Argumentation des Ukrainers nicht anschloß, so mußte doch der Abdruck eines solchen Aufsatzes in einer Zeitschrift, die das größere Mitteleuropa im Sinne Naumanns vertrat, Aufsehen erregen. Fortan wurde die polnische und die ukrainische Frage in diesem Kreise immer wieder lebhaft diskutiert — und zwar als mitteleuropäisches Problem. Einige Wochen nach dem Bukarester Frieden zog z. B. Theodor Heuß „auf dem Wege nach Mitteleuropa“ die Bilanz und prüfte dabei eingehend, wie sich der polnische Staat in die „mitteleuropäische Gruppe“, zu der wohl auch Bulgarien und die Türkei gerechnet wurden, einfügen könne und würde.

Fünf ukrainische Grundthesen

Das öffentliche Interesse an der ukrainischen Frage³⁹⁾ hatte bereits 1915 und 1916 ganz unabhängig von der Zielsetzung Naumanns erheblich zugenommen. Es erschienen zahlreiche Broschüren, die durchwegs von den folgenden 5 Thesen ausgingen:

³⁸⁾ Balkan-Revue III. Levyčkyj hat diesen Gedanken bereits im Oktober 1914 im „Berliner Tageblatt“ anklingen lassen.

³⁹⁾ Eine genaue Durchsicht des vor allem ab 1915 anschwellenden Schrifttums über die Ukraine zeigt, daß fast alle Broschüren nach ukrainischen Vorlagen gearbeitet worden oder Übersetzungen aus dem Ukrainischen waren. Als Verfasser seien genannt: R. Stübe (schon Sept. 1914 in „Reclams Universum“, dann in einer Arbeit „Die Ukraine und ihre Beziehungen zum Osmanischen Reich“), Franz Köhler, Karl Nötzel, Paul Ostwald, Ekkehard Ostmann, Karl Leuthner, Otto Kessler, Fr. Frech, Dmytro Doncov, Mychajlo Lozynskyj, Stefan Rudnyčkyj, Eugen Levyčkyj. Auf eigenem Urteil beruhte Georg Cleinows Schrift „Das Problem der Ukraine“ (Wien 1915). Besonders günstig wirkte sich für die Annahme des ukrainischen Standpunkts die Haltung eines großen Teils der deutschen Universitätsprofessoren aus, erinnert sei vor allem an die günstigen Stellungnahmen von A. Penck, Friedrich Lezius, Dietrich Schäfer und vor allem Johannes Haller. Haller griff in einer Broschüre „Die russische Gefahr im deutschen Hause“ Hoetzsch mit äußerster polemischer Schärfe an und behauptete, die bisherige deutsche Osteuropa-Forschung sei von Männern gemacht worden, die z. T. die „Sicht eines gelehrten Kammerdieners am Zarenhof“ hätten. Eine nähere

1. Die Ukrainer sind ein selbständiges Volk, nicht ein „kleinrussischer“ Stamm des Russentums. Ihre Sprache ist keine Mundart, sondern ein eigenständiges Idiom.

2. Seit Kotljarevskij vollzieht sich eine ukrainische Wiedergeburt, die der nationalen Erhebung der Völker in Mittel- und Ostmitteleuropa entspricht. Aus diesem Wiedergeburtssprozeß, der sich seit 1798 vertieft und verbreitert, hat sich eine starke politische Nationalbewegung, auch im Dniprogebiet, entwickelt.

3. Diese Nationalbewegung erstrebt die Loslösung von Rußland und eine Zusammenarbeit mit den Mittelmächten.

4. Die natürlichen Feinde der Ukrainer sind neben den Moskowitern die Polen. Den antipolnischen Traditionen der Galizier (und übrigens auch der ostukrainischen UNP-Gruppe) entsprechend wurde dieser Feststellung immer wieder Ausdruck gegeben.

5. Die Ukraine ist wirtschaftlich das Schlüsselland des Ostens. Ihre Lostrennung von Moskau bringt die Mittelmächte der Kriegsentscheidung um ein erhebliches Stück näher.

Angeichts der alten Tradition deutsch-russischer Zusammenarbeit unterließ man es selten, auf einen Aufsatz hinzuweisen, den der Philosoph Edward von Hartmann 1888 angeblich im Auftrage Bismarcks geschrieben hatte. Wenn sogar Bismarck den Gedanken eines „Königreichs Kiew“ erwogen habe, so sei es heute durchaus sinnvoll, die ukrainischen Freiheitsbestrebungen zu unterstützen, ganz abgesehen davon, daß die Ukrainer — nach dem Urteil des Geographen A. Penck — die Tschechen an Begabung überträfen und an Fleiß erreichten. Zur Stärkung der ukrainophilen Gesichtspunkte trug übrigens wesentlich bei, daß Prof. Hoetzsch, der bis dahin den rein russischen Standpunkt vertreten hatte, nach Kriegsausbruch das Entstehen eines „Brandes“ in der Ukraine für möglich hielt. Würden die Truppen marschieren, so „lodert“ — hieß es in der „Kreuzzeitung“ am 16. 8. 1914 — „das schwelende Feuer im kleinrussischen Volke empor.“

Untersuchung verdient die Haltung des Agrarfachmanns Sering. Die von Walther Recke („Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik“, Berlin 1927) behauptete enge Verbindung zwischen dem Generalgouverneur Beseler und Prof. Sering bestreitet Conze a. a. O. S. 213. Daß Sering und Hutten-Czapski nicht voll übereinstimmten, zeigt ein Brief des Staatsministers von Schorlemer — Lieser (Hutten-Czapski II, 260). Für die militärischen Dienststellen wurde als Leitfaden wichtig Stefan Rudnyčkyj, Ukraina und die Ukrainer. Ob auch die anderen deutschsprachigen Schriften des „Allgemeinen Ukrainischen Nationalrats“ oder des S.W.U. (Sojuz Vyzvolennja Ukraïny) bei den militärischen Dienststellen eine ähnlich starke Verbreitung fanden, läßt sich nicht belegen.

Diese Thesen waren freilich z. T. recht **proble m a t i s c h**. Auf eine Einzelkritik — etwa der Lehre vom Wiedergeburt s p r o z e ß — mag hier verzichtet werden, wichtig ist lediglich, daß diese Thesen in den Jahren 1915 und 1916 immer wieder vertreten wurden. Und da es keine Ukraine-konzeption der Reichsleitung gab, schoben sich seit der Revolution diese Vorstellungen mehr und mehr in den Vordergrund. Es spielt dabei keine Rolle, ob die Meinung eines Autors, daß Hartmanns Aufsatz das Programm einer Aufteilung des Zarenreichs nach ethnographischen Prinzipien enthalte, richtig ist oder nicht; entscheidend ist zunächst einmal die propagandistische Auswirkung.

Die starke propagandistische Auswirkung des überaus zahlreichen Ukraine-Schrifttums beruhte einmal auf der Geschlossenheit der Thesen, für die der SWU die Grundlagen und die Formulierungen geschaffen hatte. Zum anderen aber hängt sie sehr stark damit zusammen, daß die Verfasser dieser Stellungnahmen ganz verschiedenen innerpolitischen Lagern angehörten. Prof. Lezius beschwor die Leser seiner vertraulichen Denkschrift, auf den „liberalen Gleichheitswahn“ zu verzichten. Der Kreis um Rohrbach aber stand den Mittelparteien nahe, wenn auch Rohrbach persönlich in innerpolitischer Beziehung wenig interessiert war. Da die Sozialdemokratie die eigene Außenpolitik durch den ideologischen Gegensatz gegen das Zarenregime bestimmen ließ, ergaben sich auch in diesem Lager Ansatzpunkte für eine Aussaat des Gedankengutes des SWU. Als sich nach der Märzrevolution in Kiew die Rada bildete, mußte die eindeutige Vorherrschaft der ukrainischen Sozialisten in diesem „Volkskongreß“ eine gewisse Anziehungskraft auf die SPD ausüben. Es war kein Zufall, sondern entsprach der Logik der Entwicklung, daß sich Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion (vor allem Dr. David und Dr. Südekum) besonders eingehend mit den Problemen des neuen Ukrainischen Staates beschäftigt haben.

Diese Übersicht über die reichhaltige Broschürenliteratur der Jahre 1915 und 1916 zeigt, daß die deutsche öffentliche Meinung umfassend auf das ukrainische Thema „gestimmt“ wurde. Bei den Rechtsparteien hatten zunächst erhebliche Bedenken gegen die so vielfältig vorgetragenen Thesen einer Auflösung des Zarenreichs bestanden, sie verloren seit dem Ausbruch der Revolution rasch an Kraft. Nachdem sich der Kaiser für einen selbständigen polnischen Staat entschieden hatte, war es überdies unerlässlich, den Gedanken

einer Neuordnung der ostmitteleuropäischen Randgebiete zu durchdenken. Die weit verbreitete Überzeugung, daß die polnische Frage im Grunde nicht positiv gelöst werden könne, veranlaßte viele Anhänger der Rechtsparteien und maßgebliche Militärs, sich für die ukrainischen Thesen zu interessieren. Daß die Mittelparteien viel intensiver das Programm einer Randstaatenbildung gegen Moskau vertraten, ergab sich aus dem starken publizistischen Einfluß der Gruppe Friedrich Naumann — Paul Rohrbach — Axel Schmidt. In diesen Kreisen⁴⁰⁾ hoffte man auf eine positive Lösung der polnischen und der ukrainischen Frage. Galt das besondere Interesse der Zentrumsabgeordneten und wohl auch Naumanns der polnischen Entwicklung, so nahmen andere, so etwa Rohrbach, stärker an den ukrainischen Problemen Anteil.

Der erwartungsvollen Bereitschaft der reichsdeutschen öffentlichen Meinung entsprach nicht die Haltung der österreichisch-ungarischen Presse und der verschiedenen politischen Gruppen in der Donaumonarchie. Die seit dem Thronwechsel wieder heftiger gewordenen Auseinandersetzungen unter den Nationalitäten, die Schwierigkeiten, die sich aus der austro-polnischen Lösung verfassungspolitisch ergeben mußten, zunehmende Ernährungsschwierigkeiten und verschiedene Streiks ließen es nicht zu, daß die ukrainische Frage eine Vorrang-Bedeutung erhielt. Ihr Rang war seit langem durch die Stellung der ostgalizischen Ukrainer bestimmt. Die starke Abneigung der deutsch-österreichischen Kreise gegen die austro-polnische Lösung hatte nicht nur zur Krise des Kabinetts Seidler geführt, sondern auch den ukrainischen Gesichtspunkten ein stärkeres Echo in der deutschsprachigen Presse geliefert. Solange jedoch die Zentralbehörden das bisherige dilatorische Verhalten nicht aufgaben, war mit einem größeren Aufschwung ukrainophiler Tendenzen nicht zu rechnen. Die Behauptung Brégys und des

⁴⁰⁾ Die in Lausanne erscheinende polnische Zeitschrift „L' Aigle Blanc“ besprach das in Deutschland erscheinende Ostschiffertum ausführlich. Besondere Aufmerksamkeit fand die Schrift des Reichstagsabgeordneten Gothein von der Fortschrittlichen Volkspartei über „Das selbständige Polen als Nationalitätenstaat“ (1917). Sie stimme weithin mit den Ideen überein, die der jüdische Nationalist J. M. Bodmer vorgetragen habe (L' Aigle Blanc 1918, S. 138) Gothein schwebte eine Ostföderation unter polnischer Führung vor. Innerhalb dieses Staates, der bis zum Dnipro reichen sollte, müsse jedoch das Recht der nationalen Minderheiten gesichert werden, da den adeligen Wortführern des Polentums in diesem Punkte nicht recht zu trauen sei (S. 45). Ukrainische Einflüsse sind bei Gothein nicht zu erkennen.

Fürsten Serge Obolensky, daß Österreich das Programm des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“ ausgearbeitet habe, ist völlig abwegig⁴¹⁾.

Strömungen und Stimmungen vor Brest-Litowsk

Auf der anderen Seite ist festzustellen, daß den Erwartungen weiter reichsdeutscher Kreise die Stimmung in der Ostukraine in keiner Weise entsprach. Nach dem Ausbruch der Märzrevolution gab es unter den ukrainischen Politikern, die sich in der Rada vereinigten, einige Anhänger der Mittelmächte. Durchwegs wurde der Aufbau einer autonomen Ukraine innerhalb einer rußländischen Föderation erstrebt. Erst verschiedene Konflikte mit den Zentralbehörden des neuen Rußland und schließlich die bolschewistische Revolution zwangen die Rada-Mehrheit, diesen Lieblingsgedanken aufzugeben. Maßgebliche Kreise in den entscheidenden ukrainischen Parteien erstrebten eine engere Verbindung mit den Ententemächten, insbesondere zu Frankreich. Da die Ukraine auf Grund einer Vereinbarung zwischen Frankreich und England (23. 12. 1917) zur französischen Einflußsphäre gehörte, waren französische Kreise besonders bemüht, diese Strömung, die vor allem von O. Sul'hyn repräsentiert wurde, zu stützen. Ohne Zweifel spielte dabei die Sorge um das französische Kapital, das in den Bergwerken des Dongebiets und in der metallurgischen Industrie der Ukraine steckte, eine wesentliche Rolle.

Čičerin hat Louis Fischer erzählt⁴²⁾, daß das französische Interesse an der Ukraine mit freimaurerischen Bestrebungen verkoppelt gewesen sei. Er nannte einen gewissen Morkotun, der Logen in der Ukraine organisiert habe und bemüht gewesen sei, auch im Dongebiet freimaurerische Einflüsse wirksam werden zu lassen. Serge Morkotun hat während des Hetmanats als Sekretär Skoropadskyjs eine Rolle gespielt. Er versuchte später in der Emigration, eine offizielle

⁴¹⁾ Pierre Brégy und Prince Serge Obolensky, *L' Ukraine. Terre russe*. Paris 1939, S. 189 ff.

⁴²⁾ L. Fischer, *The Soviets in World Affairs*, London 1930, Bd. I, S. 230. Die Einzelangaben über die „Narcissus“-Gruppe verdanke ich ukrainischen Freunden, deren Zeugnis unmittelbaren Quellenwert besitzt. Joseph Noulens erzählt in *„Mon Ambassade en Russie Soviétique 1917—1919“*, Paris 1933, S. 239 ff, daß er durch Vermittlung Pélissiers Beziehungen zu Sul'hyn erhielt. Sul'hyn weigerte sich im Dezember 1917 als Außenminister, die Delegation für Brest Litowsk zu führen, blieb aber zunächst noch im Amt. Hruševskýj und Holubovyč baten ihn, im Amt zu bleiben, damit die Entente auch weiterhin die „westliche“ Orientierung der Ukraine erkennen könne. Sul'hyn zog sich jedoch — für sehr kurze Zeit — aus der aktiven Politik zurück, vgl. seine Darstellung in *„L' Ukraine contre Moscou 1917“*, Paris 1935.

Anerkennung durch den Großorient von Frankreich zu erhalten, ein Versuch, der offenbar infolge verschiedener Intrigen scheiterte. Morkotun war der Mittelpunkt einer Loge oder logenähnlichen Verbindung „Narcissus“, zu der 1917 einflußreiche ukrainische Parteiführer und Offiziere, so z. B. auch die späteren Gegenspieler Petljura und Skoropadskyj, gehörten. Die Verbindung zur französischen Botschaft und Militärmission in Petersburg wurde durch Jean Pélissier hergestellt. Dieser Journalist, der als Gründer des „Office Central des Nationalités“ über ausgezeichnete Verbindungen zu den führenden Vertretern der verschiedenen nationalen Gruppen und zum „Slawischen Komité“ verfügte, war „Narcissus“-Bruder.

Für die Bewertung des Einsatzes dieses Kreises in der ostukrainischen Politik des Jahres 1917 spielt die Frage, ob es sich bei dem Kreis des „Narcissus“ um eine rite organisierte Loge gehandelt habe, keine Rolle. Entscheidend ist, daß die frankophil-ententistische Orientierung hier ein Zentrum besaß. Und wichtig für unsere besondere Fragestellung ist, daß in dem gleichen Augenblick, in dem einflußreiche politische und publizistische Kreise in Berlin mit einer mittelmächtefreundlichen Tendenz der Kiewer Politiker rechneten, in allen ukrainischen Parteien starke Gruppen für eine engere Bindung an die Entente eintraten. Daneben gab es natürlich auch Politiker, die von Anbeginn an eine mittelmächtefreundliche Einstellung besaßen, zu ihnen gehörte vor allem der Historiker Hruševskyj.

Die erwartungsvolle Bereitschaft weiter Kreise der reichsdeutschen Publizistik beruhte aber nicht bloß auf einem Irrtum hinsichtlich der politischen Orientierung der Ostukrainier. Verhängnisvoller war wohl, daß man sich falsche Vorstellungen über den Reifezustand des ukrainischen politischen Bewußtseins machte. Gibt man den geschichtswissenschaftlich unhaltbaren Gedanken auf, daß sich die nationale Wiedergeburt bei allen Völkern des Ostens und Südostens nach einem mehr oder weniger gleichen Schema, dessen Grundlage die Ideenwelt Herders darstellte, vollzogen hat, so kommt man bei einer Betrachtung der innerukrainischen Entwicklung zu der Feststellung, daß die literarisch-kulturelle Ausprägung des Nationalgefühls in den zum Zarenreich gehörenden ukrainischen Landschaften zunächst nicht durch eine starke Tendenz zum Nationalstaat ergänzt wird. Der rußländische Reichsgedanke und das ihm entsprechende Geschichtsbild erweisen sich als so stark, daß die führenden Parteien von dem Wunschziel einer föderalistischen Ordnung Osteuropas bestimmt werden. Der Föderalismus gehörte seit der Zeit der Dekabristen zum Programm der verschiedensten politischen Gruppen Rußlands und hatte sich immer wieder in eigenartigen Wandlungen präsentiert: schimmerte bei N. M. Murav'ev das amerikanische Vorbild, bei Bakunin das Grundkonzept slavophiler Träume durch, so gewannen im 20. Jh. mehr und mehr die Gedanken eines ethnozentrischen Föderalismus an Boden.

Noch 1917 denken die ostukrainischen Politiker durchwegs an eine föderalistische Lösung der ukrainischen Frage im Rahmen des demokratisierten Rußland. Es erweist sich jedoch, daß die Zentralbehörden wenig Neigung zum Entgegenkommen zeigen. Sie bestreiten den Vertretern der Rada das Recht, für die Ukraine sprechen zu dürfen. Dies enttäuschende Verhalten Petersburgs hat zur Folge, daß sich in Kiew mehr und mehr die Kräfte durchsetzen, die eine eindeutige Vertretung des nationalen Standpunkts wünschen. Aber noch der 1. Ukrainische Bauernkongreß und der 2. Militärkongreß verlassen nicht den Boden der bisherigen Forderungen, wenn sie auch die Rada aufrufen, von sich aus — auch

ohne Zustimmung der Provisorischen Regierung — eine autonome Verwaltung aufzubauen. Aus dieser Entwicklung während des Jahres 1917 erklärt sich weit- hin die eigentümliche Lage, in der sich die Ukrainer bei ihren ersten Kontakten mit den Mittelmächten befanden. Der Kampf um Autonomie war seit langem ein Kampf um die nationale Gestaltung des Kulturlebens und um örtliche bzw. regionale Selbstverwaltung gewesen. Man war selbstverständlich bereit, Außenpolitik, Heerwesen und (zumeist auch) die Finanzen der Zentrale zu überlassen. Das bedeutete, daß sich kein Ukrainer für auf diesem Gebiete liegende Aufgaben vorbereitet hatte. Das Verhalten Kerenskijs und vollends der Sieg der Bolschewisten zwang die Ukrainer, das bisherige Programm zu erweitern. Die Verwirklichung des in den breiten Volksschichten rasch populär werdenden Gedankens nationaler Unabhängigkeit stieß jedoch auf die große Schwierigkeit, daß die erforderlichen Fachkräfte dann nicht in ausreichendem Maße vorhanden waren, wenn man bei ihnen eine ukrainische National- und Staatsgesinnung voraussetzte. Der Aufbau der nationalstaatlichen Verwaltung offenbarte 1918 an den verschiedensten Stellen die Unzulänglichkeiten, die sich aus der hier skizzierten Entwicklung erklären. Daß sie den Reichsdeutschen, die in den hochgezüchteten Kategorien eines „Staates“ dachten und von den Lebensformen der „Völker“ wenig verstanden, besonders auffielen, war verständlich. Generalfeldmarschälle und Botschafter des Deutschen Reichs waren auch in Zeiten revolutionärer Umbrüche nicht bereit, auf die Etikette zu verzichten — und bildeten sich daher ein ungünstiges Urteil über die schlecht angezogenen Rada-Politiker, eine gute Meinung dagegen über den „korrekten“ Großgrundbesitzer Skoropadskyj, der am Zarenhof gelernt hatte, wie man sich kleidet und benimmt. Auf der anderen Seite verbreiterte und vertiefte sich das ukrainische Bewußtsein rasch unter dem Einfluß sozialreformerischer Forderungen, die unlösbar mit dem Nationalgedanken verschmolzen. Da eine Führungsschicht, die diese Stimmungen auswerten konnte, fehlte, gewann dies Nationalbewußtsein in erster Linie eine negative Bedeutung: es ließ sich gegen die Besatzungsmächte und später gegen den Bolschewismus ausspielen, der es übrigens zunächst für erforderlich hielt, das Recht der Ukraine auf Selbständigkeit zu bejahen.

Nach Lage der Dinge konnten jedoch O. Sul'hyn und die „Narcissus“-Mitglieder ihre Auffassung nur dann zur Richtschnur der praktischen Politik machen, wenn die Entente bereit und in der Lage war, den jungen ukrainischen Politikern zu helfen. Nach dem Siege der Bolschewisten wurde diese Hilfe besonders dringlich, weil sich in Charkiw eine sowjetukrainische Gegenregierung bildete, die Kiew bedrohte. Hatten Frankreich und England die Rada schon dadurch enttäuscht, daß sie lediglich „Verbindungsleute“, aber keine „Gesandten“ bestellten, so erwies sich im Dezember, daß der in Aussicht gestellten französischen Militärhilfe keine praktische Bedeutung zukam. Verzweifelte Versuche Pélissiers und Morkotuns, die Franzosen zu einer Aktion zu veranlassen, scheiterten. Unter diesen Umständen setzte sich in der Rada die Überzeugung durch,

die die im Aufbau befindliche Ukraine nur dann von den breiten Schichten so sehnlich erhofften Frieden und Schutz vor der Bolschewisierung erhalten könne, wenn sie sich mit den Mittelmächten verständige. Auf besonderes Betreiben der Sozialdemokraten wurden Beobachter nach Brest-Litowsk, wo Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Bolschewisten und den militärischen Vertretern des Viererverbandes stattgefunden hatten, gesandt. Während sich Petljura, Skoropadskyj und andere Prominente des „Narcissus“-Kreises zunächst aus der Landespolitik zurückzogen, erklärte die Rada am 24. Dezember 1917 offiziell allen kriegführenden und neutralen Mächten, daß sie den in Petersburg residierenden Rat der Volkskommissare für den Bereich der Ukraine nicht anerkenne. Damit war zugleich ausgesprochen, die Mittelmächte möchten ihre Verhandlungsbasis erweitern. Am 28. Dezember teilte Delegationsmitglied N. Ljubinskyj, ein Führer der Nationalrevolutionären, auf Grund von Sondierungen mit, daß Deutschland und Österreich-Ungarn bereit seien, mit autorisierten Vertretern der Ukraine zu verhandeln. Am gleichen Tage schrieb Stalin in der „Pravda“, daß hinter der Rada die französische Militärmission, die Rußland mit Zentralafrika verwechsle, stehe.

Die Sensation, die das Auftreten von Vertretern der ukrainischen Rada in Brest-Litowsk hervorrief, ist oft geschildert worden⁴³).

⁴³) Vgl. etwa Volkwart John, Brest Litowsk, Stuttgart 1937, S. 32 ff (nach persönlichen Mitteilungen des zeitweil. ukr. Delegationsführers Sevrjuk), John W. Wheeler-Bennett, The forgotten peace Brest Litowsk, New York 1939, S. 154 ff und (mit falscher Charakterisierung der Taktik der verschiedenen Delegationen) W. E. D. Allen, The Ukraine, Cambridge 1941, S. 283. Sehr gründlich (mit besonderer Berücksichtigung der ukrainischen Sicht) John S. Reshetar a. a. O. S. 103 ff. Stefan Horak nimmt in seiner ungedr. Erlanger Diss. „Der Brest Litowsker Friede zwischen der Ukraine und den Mittelmächten in seinen Auswirkungen auf die politische Entwicklung der Ukraine“ (1949) zu Unrecht an, daß England und Frankreich am 21. 12. 17 die Ukrainische Volksrepublik de facto anerkannt hätten. Er beruft sich dabei auf Vynnyčenko, Vidrodžennja Nacii, Kiew 1920, Bd. II, S. 230 ff; die Kritik bei Reshetar, S. 99 f ist überzeugend. Die alliierte Politik gegenüber der Ukraine hat sich nicht seit Brest Litowsk „geändert“ (Horak S. 16). Die Alliierten erstrebten die Wiederherstellung einer gegen Deutschland kämpfenden Ostmacht, im Hinblick auf die verschiedenen Interventionspläne war eine Aufteilung der Interessenssphären zwischen England und Frankreich (23. 12. 17) erfolgt. Neben den Erinnerungen Czernins und Hoffmanns wichtig die Bücher von P. Chrystjuk (Ukrainska revolucija, 4 Bde., Wien 1922), Ivan Rudnyčkyj (O. Kedrin), Berestejskyj Myr. Spomyny ta materijaly, Lemberg 1928 und Dmytro Dorošenko, Moï Spomyny pro nedavne-mynule 1914—1918, 4 Bde., Lemberg 1923/24.

Wenn man die Einschaltung der Ukraine in die immer schwieriger gewordenen Verhandlungen als einen „coup“ des Generals Hoffmann auffaßt, der sowohl den Bolschewisten als auch dem eigenen Auswärtigen Amt galt, so wird vorausgesetzt, daß die OHL vor Brest-Litowsk Fühlung mit der Rada hatte. Davon kann jedoch keine Rede sein. Die Initiative lag in diesem Falle ausschließlich auf ukrainischer Seite.

Im November hatte der dritte ukrainische Soldatenkongreß in Kiew den Abschluß eines Sonderfriedens verlangt, da die Fortführung des Krieges Hunger und Anarchie in der Ukraine bewirke. Die führenden Männer der Rada waren zunächst nicht bereit, diesem Appell zu folgen. Nachdem sich jedoch herausgestellt hatte, daß eine ausreichende französische Hilfe nicht zu erwarten sei, setzten sich in der Rada die Kreise durch, die bereits seit längerem befürchteten, daß ein Bündnisangebot Frankreichs lediglich die Wiederaufrichtung der Ostfront als Ziel habe. Der unmittelbaren Bedrohung durch die Bolschewisten, das erkannten die ukrainischen Sozialdemokraten um Vynnyčenko klar, konnte nur dann begegnet werden, wenn ein modus vivendi mit den Mittelmächten gefunden wurde. Hinzukam, daß das Auftreten der Bolschewisten, die in Brest-Litowsk am 15. Dezember für „ganz Rußland“ einen Waffenstillstand abschlossen, die Ukraine in große Schwierigkeiten brachte. Dem Waffenstillstand sollte der Friedensvertrag folgen. Lehnte die Ukraine diesen vom Rat der Volkskommissare abgeschlossenen Vertrag ab, so war mit einem Einmarsch der Truppen der Mittelmächte zu rechnen. Fugte Kiew sich, so war die Landung französischer Interventionstruppen zu erwarten. In diesem Dilemma entschloß sich die Rada-Regierung zu direkten Verhandlungen mit den Mittelmächten.

OHL und Rada

Für den Vertreter des OHL bot das Erscheinen der Rada-Delegation freilich die Möglichkeit, den bolschewistischen Verhandlungspartner zu rascheren Entschlüssen zu zwingen. Der OHL kam es wohl entscheidend darauf an, initiativ zu werden. Jetzt war eine Gelegenheit vorhanden, den auf Verzögerung arbeitenden Bolschewisten wirksam entgegenzutreten: ein Sonderfriede mit der Ukraine veränderte nicht bloß die taktische Verhandlungslage, sondern schuf u. U. auch ein Sprungbrett für eine neue militärisch-politische Initiative gegen die Sowjets.

Analysiert man die Gesichtspunkte, die die OHL und ihren Vertreter in Brest-Litowsk um die Jahreswende 1917/18 bestimmten⁴⁴⁾, so erkennt man, daß militärische Gesichtspunkte entscheidend waren. Wenn man auch später — aus psychologischen Gründen — vom „Brotfrieden mit der Ukraine“ sprach, so gab doch die Rück-

⁴⁴⁾ Grundlage der nachfolgenden Analyse sind die einschlägigen Akten der OHL (früher Heeresarchiv Potsdam).

sichtnahme auf die auch im Reich ungünstige Ernährungslage keineswegs den Ausschlag. Man wußte wohl in der OHL, daß die Ernte des Jahres 1917 schlecht gewesen war und für 1918 bei dem akuten Mangel an Düngemitteln sowie dem Fehlen von Arbeitskräften und Pferden in der Landwirtschaft mit einer besseren Ernte kaum gerechnet werden konnte. Bestimmend waren jedoch zwei rein militärische Erwägungen:

1) Herbeiführen der Kriegsentscheidung im Westen noch vor dem Einsatz größerer amerikanischer Verbände. Wie sehr es der OHL bei der Vorbereitung der vorgesehenen Westoffensive auf jede militärische Einheit ankam, zeigt u. a., daß zur gleichen Zeit mit den Bulgaren erbittert und zäh um die Freigabe deutscher Bataillone, die an der mazedonischen Front eingesetzt waren, verhandelt wurde⁴⁵⁾. Der rasche Einsatz namhafter Kontingente des Ostheeres an der Westfront war jedoch nur dann möglich, wenn es zu einem schnellen Friedensschluß kam. Auf jeden Fall konnte das Ausspielen der ukrainischen Delegation dazu dienen, die Bolschewisten zur Preisgabe der bisherigen Verhandlungstaktik zu veranlassen.

2) Hinzukam für die OHL, daß alarmierende Nachrichten über den Wiederaufbau einer Ostfront vorlagen. Oberost war der Meinung, daß der Rat der Volkskommissare durchaus in der Lage sei, die Kämpfe weiterzuführen, vor allem dann, wenn die Entente Truppen und Material landete. Gewiß hatte Oberst House die Lage Ende 1917 richtig charakterisiert, wenn er von günstigen Anzeichen für 1918 sprach, dabei aber eine Ausnahme machte: „Unser dunkler Punkt ist Rußland“⁴⁶⁾. Für die OHL war jedoch Rußland gleichfalls ein „dunkler Punkt“, weil sich die Tragweite der alliierten Bemühungen, entweder mit Hilfe der Generäle Duchonin und Kornilov oder aber durch Verständigung mit den Petersburger Sowjets wieder zu einer zweiten Front zu kommen, nicht übersehen ließ. Seit dem Sommer 1917 bereiteten die Japaner einen Vorstoß vor, unter ihrem Einfluß besetzten die Chinesen einen wichtigen, bisher von den Russen kontrollierten Eisenbahnabschnitt. Im Januar 1918 landeten japanische Schiffe im Hafen von Wladiwostok. Etwa zur gleichen Zeit erhielt eine britische Einheit den Befehl, von Bagdad aus

⁴⁵⁾ Carl Mühlmann, Oberste Heeresleitung und Balkan im Weltkrieg 1914 bis 1918, Berlin 1942, S. 194 ff, 209 ff.

(⁴⁶⁾ Erwin Hölzle, Der Osten im ersten Weltkrieg, Leipzig 1944, S. 63.

in Richtung Baku zu marschieren. Im November 1917 setzte sich General Kaledin im Dongebiet fest, er unterhielt Verbindungen zu den Franzosen. Im Januar 1918 hatten alliierte Beobachter den Eindruck, daß im bolschewistischen Hauptquartier in Smolny die Meinung an Boden gewann, man solle mit Unterstützung der Ententemächte gegen die Deutschen kämpfen⁴⁷⁾. Angesichts dieser Situation hielt Oberost einen raschen Abschluß der Verhandlungen in Brest-Litowsk für unbedingt erforderlich.

Offenkundig war die OHL über die Lage in der Ukraine nicht ausreichend unterrichtet. Der Hinweis auf eine bolschewistische Gegenregierung in Charkiw hatte in ihren Augen keine große Bedeutung, da diesen Leuten höchstens „hauchdünne“ militärische Streitkräfte zur Verfügung stehen konnten. Ernstzunehmende militärische Verbände gab es nach den Informationen der OHL damals im Dongebiet und an der finnischen Front, nicht aber in der Ukraine. Man sah im Generalsekretariat der Rada eine arbeitsfähige Regierung, deren gegenwärtige Bedrohung durch die Bolschewisten mit deutscher Hilfe leicht zu überwinden war.

Die Frage, ob man den Angaben der Rada-Vertreter Glauben schenken könne, wurde in der OHL unter zwei Gesichtspunkten beantwortet. Grundsätzlich standen auch die deutschen Militärs auf dem Standpunkt, daß keine Regierung das Recht habe, sich in die Angelegenheiten eines fremden Landes einzumischen.

Gewiß waren die noch außerordentlich jungen ukrainischen Vertreter eine Quelle verschiedener Überraschungen. Während jedoch Czernin diese neuen Gesprächspartner höchst unsympathisch fand, erschienen sie den Vertretern des Reichs — verglichen mit den Bolschewisten — einigermaßen erträglich. Zumindest waren sie bemüht, den persönlichen Kontakt zu pflegen, während Trotzky die von ihm geführte Delegation abriegelte. Als die Rada-Abgesandten die Mittelmächte

⁴⁷⁾ Eindruck des stellvertr. amerik. Militärattachés E. Francis Riggs, aus ungedr. Papieren zitiert bei Leonid J. Strakhovskiy, *The Origins of American Intervention in North Russia 1918*, Princeton 1937, S. 4. Über die Vorgänge im Fernen Osten vgl. John Albert White, *The Siberian Intervention*, Princeton 1950. Über die Tätigkeit englischer und französischer Verbindungsoffiziere in Petersburg, Kiew und Moskau vgl. auch R. H. Bruce Lockhart, *British Agent* (1933); Edgar Sisson, *One Hundred Red Days: A Personal Chronicle of the Bolshevik Revolution* (New Haven Conn. 1931) und Jaques Sadoul, *Notes sur la révolution bolchevique*, Paris 1919. Von dem britischen Captain Gerald Fitz-Williams, der während der Brest Litowsker Verhandlungen in Kiew bemüht war, führende Rada-Mitglieder auf der Entente-Linie zu halten, liegen offenbar keine Erinnerungen vor.

um militärische Hilfe bitten, waren für die OHL alle Zweifel an der Glaubwürdigkeit behoben. Man mußte zwar die Entsendung von galizisch-ukrainischen Einheiten bzw. von aus ukrainischen Kriegsgefangenen zusammenzustellenden neuen Verbänden ablehnen, weil alle technischen Voraussetzungen für eine solche Aktion fehlten. Es standen jedoch deutsche Truppen zur Verfügung, die rasch zum Einsatz kommen konnten. Die naive⁴⁸⁾ Bitte der Rada, diese Truppen möchten nur im ukrainisch-russischen Grenzgebiet Säuberungsaktionen durchführen, hätte freilich der OHL zeigen können, daß die Motive der Rada keineswegs durch Sympathie für die Mittelmächte bestimmt waren.

General Hoffmann hielt aus den angegebenen Gründen die ukrainische Karte, die er sehr entschlossen in Brest-Litowsk aus spielte, für eine gute Trumpfkarte. Die deutschen Militärs fühlten sich gegenüber all den Bedenken, die insbesondere den Grafen Czernin⁴⁹⁾ bewegten, durch einen wirtschaftspolitisch so erfahrenen Fachmann wie Helfferich bestärkt. Er riet der OHL, den vorgesehenen Vertrag mit den Ukrainern abzuschließen, wenn auch deren Angaben nicht immer zutreffend sein würden.

Stillschweigende Voraussetzung aller Absprachen war jedoch, daß in der Ukraine ein arbeitsfähiges Staatsgebilde vorhanden sei oder doch wenigstens in Kürze entwickelt werden könne. Die Vertreter Österreich-Ungarns, die über die weitaus besseren Informationen und Kenntnisse verfügten, waren skeptisch und überwandten ihre Bedenken nur deswegen, weil die innerpolitische Lage so katastrophal geworden war, daß bei ihnen der ernährungswirtschaftliche Gesichtspunkt völlig dominierte. OHL und Oberost, bisher ohne eine eigene Konzeption in der ukrainischen Frage, waren sehr geneigt, die Aussagen der Rada-Vertreter im wesentlichen zu akzeptieren, zumal sie mit den Ergebnissen des so umfangreichen Schrifttums

⁴⁸⁾ So Reshetar, S. 117.

⁴⁹⁾ Über die außerordentlich kritische Versorgungslage Österreichs vgl. die Angaben bei Gratz-Schüller, Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns, Wien 1925, S. 131 ff. Am 18. Januar sandte das Reich statt der dringend erbetenen 2000 Waggon Mehl immerhin 450. Einen Tag später erhielt Czernin in Brest ein Alarmtelegramm, in dem es u. a. hieß, Wiener Behörden seien entschlossen, die in Orsova und Turn-Severin verladenen und für Deutschland bestimmten 4000—4500 t Brotgetreide zu beschlagnahmen. Bedenkt man überdies, daß Graf Czernin in Brest an hohem Fieber litt, so wird verständlich, daß es den Ukrainern leicht gelang, ihm gegenüber ihre Forderungen durchzusetzen. Nachdem er jedoch in der Cholmfrage nachgegeben und die Bildung eines Kronlandes aus den ukrainischen Bezirken Galiziens und der Bukowina zugesagt hatte, weigerte er sich, in die Diskussion der karpatenukrainischen Frage einzutreten, vgl. Gratz-Schüller S. 148.

zur Ostpolitik gut übereinstimmten. Wenn in Brest-Litowsk der ukrainische Staatsgedanke als bereits realisiert oder doch unschwer realisierbar angesehen wurde, so trug zu dieser Ansicht die Grundüberzeugung der OHL entscheidend bei: wenn der große Schlag gegen die Westmächte gelang, dann war noch immer Zeit, etwaige Fehler bei den Ost-Absprachen zu korrigieren.

Wirtschaftliche Erwartungen

Die Frage nach dem Aufbau einer staatlichen Ordnung in der Ukraine mochte für die rein militärischen Gesichtspunkte der OHL von zweitrangiger Bedeutung sein. Sie war jedoch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Vereinbarungen von ausschlaggebender Wichtigkeit. Vor allem bei dem österreichisch-ungarischen Verhandlungspartner hatte die Aussicht auf eine baldige Lieferung von Getreide eine entscheidende Rolle gespielt; die großen Zugeständnisse des Grafen Czernin an die Rada — Überlassung des Cholmlandes, Zusicherung eines ukrainischen Kronlandes in Cisleithanien — sind nur dann verständlich, wenn man annimmt, daß der sehr pessimistische k. u. k. Außenminister die Berücksichtigung rein politischer Gesichtspunkte angesichts der Ernährungskrise nicht mehr für tunlich hielt. Die Frage war jedoch: wenn in der Ukraine Getreide vorhanden war, wie sollte es erfaßt werden? Und wie konnte man die Lieferung von 1 Million Tonnen Getreide wirklich sicherstellen?

Die Ukrainer erklärten in Brest, daß der gesamte Außenhandel ihres Landes durch staatliche Stellen oder durch einige der staatlichen Kontrolle unterstellte Zentralen erfolgen sollte. Daher lehnten sie auch eine Übernahme der zaristischen Handelsverträge ab. Die Einrichtung eines staatlichen Außenhandelsmonopols setzte jedoch voraus, daß der Staat in der Lage war, die für den Export vorgesehenen Waren zu erfassen. Obwohl sich sehr bald erwies, daß die ukrainische Regierung keine Möglichkeiten besaß, das Funktionieren eines sozialistisch-kooperativen Wirtschaftssystems zu garantieren, schlossen die Mittelmächte noch am 23. April ein Wirtschaftsabkommen ab, das allein schon durch seinen Umfang (20 Anlagen mit 68 Druckseiten!) bewies, daß es überaus komplizierte Bestimmungen enthielt. Der Aufbau des staatlichen Getreidebüros und anderer Einrichtungen eines staatswirtschaftlichen Systems entsprach gewiß den sozialistischen Tendenzen des am 22. 1. von der Rada herausgegebenen 4. Universal, nach Lage der Dinge konnten jedoch 1917/18 Einrichtungen, die einen großen Apparat erforderten, ein-

fach deswegen nicht funktionieren, weil es an ausreichend vorgebildeten ukrainischen Fachkräften fehlte. Die kleine ostukrainische Intelligenzschicht wurde nahezu restlos durch das politische Leben⁵⁰⁾ absorbiert. Besonders verhängnisvoll wirkte sich für die Anhänger des ukrainischen Staatsgedankens aus, daß die städtische Bevölkerung überwiegend der ukrainischen Bewegung feindlich gegenüberstand⁵¹⁾.

Der von den Mittelmächten vorgeschlagene Getreideorganisationsplan sah vor, daß ukrainische Organe den Vertretern einer Zentralstelle das Getreide abliefern. Die von Deutschland und Österreich-Ungarn gemeinsam betriebene Zentralstelle sollte dann die Bezahlung des Getreides, für das übrigens ein Überpreis⁵²⁾ gezahlt wurde, besorgen und den Abtransport in die Wege leiten. Man ging davon aus, daß ukrainische Organe die vorhandenen Vorräte erfassen könnten, nur ausnahmsweise sollte sich die Zentralstelle eigener Kommissionäre bedienen dürfen. Wenn auch der Kurswert des Karbovaneč erstaunlich hoch (1 RM = 85 ukr. Kopeken) angesetzt wurde, so lockte doch das (in der Reichsdruckerei hergestellte) ukrainische Geld den Bauern wenig. Die deutschen Kohlenlieferungen kamen jedoch der Landwirtschaft nicht zugute. Während der freie Handel bis zu einem gewissen Grade Mittel und Wege gefunden hätte, für den Getreideproduzenten die Waren zu beschaffen, die er wünschte, begnügte sich das Staatsgetreidebüro mit rein bürokratischen Maßnahmen.

Die Mittelmächte reagierten auf die großen Schwierigkeiten, die sich bei der Erfassung des Getreides ergaben, zunächst sehr verschieden. Die Notschreie aus der Heimat trieben die k. u. k. Dienststellen zu häufigen Übergriffen, ja zu rücksichtslosen Requisitionen. Die reichsdeutschen Behörden zeigten anfangs große Zurückhaltung. Vor allem die Militärs waren bemüht, eine Einmischung in die internen Verhältnisse des neuen Staates zu vermeiden. Hatte General Hoffmann sich in Brest-Litowsk auf den Standpunkt gestellt, daß die aus Kiew kommenden Delegierten mit ihrem literarischen Anstrich zwar einen etwas unseriösen Eindruck machten, daß aber der neue Staat wohl einigermaßen funktionieren werde, wenn das

⁵⁰⁾ Oft genug erwies sich, daß ukrainische Politiker der Staatssprache nicht ausreichend mächtig waren und sich des Russischen bedienen mußten, vgl. *Reshetar* S. 138 und *Bernard Pares, My Russian Memoirs*, London 1931, S. 456.

⁵¹⁾ In allen bedeutenderen Stadtvertretungen erreichten die ukrainisch gesinnten Gruppen nicht einmal ein Viertel der Sitze, ihr Anteil betrug in Kiew 20%, Odessa 4%, Katerinoslav 10%, Zytomir 9%. Über die Haltung der Stadtbevölkerung vgl. die in der Sammlung „Die deutsche Okkupation der Ukraine. Geheimdokumente“ (Straßburg 1937) abgedruckten Berichte (vor allem aus Odessa).

⁵²⁾ „Geheimdokumente“ S. 96—113.

deutsche Heer hinter ihm stehe, so befolgten Feldmarschall v. Eichhorn und General Groener bis in den April hinein die gleiche Linie des Wohlwollens. Es ließ sich freilich nicht übersehen, daß die Erwartungen von Brest-Litowsk in entscheidenden Punkten auf falschen Voraussetzungen beruhten:

1) Die Bevölkerung leistete den von ihrer eigenen Regierung gerufenen Truppen vielfach Widerstand. Auch maßgebliche Regierungskreise sahen in den Truppen eine „Besatzungsmacht“⁵³⁾.

2) Von einer organisierten Nationalbewegung, die erhebliche Teile der Bevölkerung erfaßte, konnte nicht die Rede sein. Hingegen erwies sich das soziale Moment als völlig ausschlaggebend. Es war charakteristisch, daß nicht bloß die Parteien das Wort „sozial“ in ihrem Wappenschild führten: sogar die niederen Geistlichen übernahmen das herrschende Stichwort und nannten sich „Sozialpsalm-sänger“ oder „Sozialdiakone“.

3) Eine organisierte Regierungsgewalt gab es nicht. Colin Roß, der als Verbindungsoffizier zum Vertreter des Auswärtigen Amts eingesetzt war, berichtete der OHL: „Das Land gliedert sich in einzelne Herrschaftsbereiche, die sich auf Bezirke, Städte, ja sogar nur auf einzelne Marktflecken und Dörfer erstrecken. Die Herrschaftsgewalt ist in den Händen der verschiedensten Parteigruppen“⁵⁴⁾.

4) Die Rada war nicht in der Lage, die in Brest-Litowsk zugesagten Lieferungen sicherzustellen.

5) In der Feldbestellung ergaben sich große Schwierigkeiten, weil das Landvolk vielfach passiven Widerstand leistete. Ein Druck konnte und sollte jedoch nicht auf die Bauern ausgeübt werden.

6) Obwohl der Gedanke der ukrainischen Eigenstaatlichkeit auf sehr schwachen Füßen stand, konzentrierte die Regierung ihre Energien keineswegs auf die Lösung der wichtigsten Fragen. Unter dem Druck der Sozialrevolutionäre wurde z. B. eine militärische Unternehmung zur Eroberung und Eingliederung der Krim gestartet. Sie löste einen lebhaften Protest des in Odessa residierenden „Rats der mohammedanischen öffentlichen Organisationen für die Befreiung

⁵³⁾ D. Dorošenko a.a.O. Bd. II, 75.

⁵⁴⁾ So besaß z. B. die Ukraїnska Demokratyčno Chliborobśka Partija, die am Umsturz des 29. 4. maßgeblich beteiligt war, zunächst nur im Bezirk Lubny (im Norden) Einfluß.

der Krim* aus und scheiterte schließlich an dem drohenden Verhalten der 15. deutschen Landwehrdivision⁵⁵).

Krise und Staatsstreich

Bereits Ende März war man sich in den zuständigen deutschen Dienststellen darüber klar, daß die Entwicklung für die Mittelmächte sehr ungünstig verlaufe. Während der Brest-Litowsker Verhandlungen hatte ein Offizier berichtet, daß die Radaregierung, insbesondere ihre Minister Šul'hyn und Porš, ausgesprochen ententefreundlich, ja sogar deutschfeindlich sei. Man hatte diese Mitteilung damals so wenig beachtet, daß Ludendorff dem Reichskanzler mitteilen konnte, das ukrainische Kabinett sei ein „gefügiges Werkzeug“. Inzwischen hatten die verschiedensten Erfahrungen gelehrt, daß die führenden Männer der Rada von sich aus wenig Neigung zur Zusammenarbeit zeigten und eifersüchtig bemüht waren, ihre Souveränität vor allem auf dem Wirtschaftsgebiete zu betonen. Der Rücktritt des Sozialdemokraten Vynnyčenko verschlechterte die Lage deswegen, weil die nunmehr dominierenden Sozialrevolutionäre von sehr jungen Politikern (Chrystjuk, Kovalevskij) geführt wurden und jedem Rat unzugänglich waren. Die Sozialrevolutionäre beherrschten die Bauernschaft. Das aber bedeutete, daß das neue Kabinett noch abgeneigter sein würde, in der Frage der Agrarpolitik und der Getreideerfassung den Mittelmächten entgegenzukommen.

In der Beurteilung der Lage bestand nicht einmal bei den reichsdeutschen Dienststellen Klarheit. Bei den Beauftragten Österreich-Ungarns entwickelten sich überhaupt keine greifbaren politischen Meinungen. Hier stand die Getreidefrage völlig im Vordergrund des Interesses. Da die amtierende Regierung auf diesem Gebiet versagte, galt sie als untragbar — eine Auffassung, die übrigens auch von galizisch-ukrainischen Abgeordneten, die in Kiew Besuch machten, geteilt wurde. Im übrigen fühlten sich die Vertreter Österreich-Ungarns zumeist durch die Bundesgenossen unterdrückt, vielfach sahen sie die ukrainischen Minister lediglich unter dem Ge-

⁵⁵) Bekir Mehmedov, Mitglied des Kurultay der Krim, schickte den Regierungen des Viererbundes sowie den auf dem Territorium des ehem. Zarenreichs konstituierten tatarischen autonomen Körperschaften Proteste. Ab Anfang Mai schlug die türkische Presse Lärm, vgl. Edige Kirimal, Der nationale Kampf der Krimtürken, Emsdetten 1952, S. 216 ff

sichtspunkt, ob sie mehr Kontakt mit den deutschen oder den k. u. k. Dienststellen hatten⁵⁶⁾.

Als Stadtkommandant von Kiew war Oberst v. Stolzenberg der Meinung, daß das Durcheinander in der Ukraine vorübergehender Natur sei. Die Centralna Rada sei aus nationalen und politischen Gründen gezwungen, den zumeist polnischen oder russischen Großgrundbesitz zu vernichten. Der agrarsozialistischen Tendenz werde sehr bald ein gemäßigter Kurs folgen. Die Schwächung des polnischen Elements läge durchaus im deutschen Interesse. Gemäßigt äußerte sich zunächst auch Botschafter von Mumm. Er war jedoch keineswegs der Meinung, daß die Selbständigkeit der Ukraine wünschenswert sei. Ob die Annahme Lu k o m s k i j s⁵⁷⁾, daß er sowohl gegen eine starke Ukraine wie gegen ein starkes Rußland war, richtig ist, läßt sich nicht entscheiden, ist auch nicht sonderlich wichtig, weil der Botschafter in die von General Groener bestimmte Richtung letztlich immer einbog. Bei den Militärs war Generalfeldmarschall v. Eichhorn ohne jede Vorstellung, er neigte jedoch zu einer Lösung im Sinne des einheitlichen Rußland: „Rußland — das verstehe ich, Ukraine — das verstehe ich nicht“⁵⁸⁾. Außerst negativ äußerte sich Hauptmann v. Schleicher, der spätere Reichswehrminister, über das ukrainische Volk und seine Führer. Er habe unter den Kiewer Politikern lediglich absolute Ignoranten gesehen, eine Zusammenarbeit mit ihnen sei einfach blödsinnig. Besser sei es, mit den polnischen Gutsbesitzern und den alten russischen Beamten gemeinsame Sache zu machen, weil sie noch eine Vorstellung von Pflicht hätten. Das sog. Volk sei faul, feige und schlecht.

Ludendorff schloß sich jedoch keineswegs den negativen Stimmen an, sondern erklärte, daß er die vom Obersten v. Stolzenberg befürwortete Haltung für die richtige und zweckmäßige ansehe. Kaum einen Monat später wurde im Sinne Schleichers gehandelt. Was hatte sich ereignet?

Es ist vielfach⁵⁹⁾ angenommen worden, daß der Staatsstreich

⁵⁶⁾ Vgl. etwa den naiven Bericht des österreichischen AOK vom 16. 4. 18 (Geheimdokumente S. 130 ff).

⁵⁷⁾ Archiv Russkoj Revoljucii, Berlin 1922, V, 182.

⁵⁸⁾ N. M. Mogiljanskij, Tragedija Ukrainy: Archiv Russkoj Revoljucii XI, 74 ff.

⁵⁹⁾ Mit der „Skoropadščina“ verbinden sich zwei wissenschaftliche Streitfragen. Nach der gleichnamigen Untersuchung von Svatoslav Dolenga (Warschau 1934) darf als gesichert gelten, daß der Hetman innerlich eine unabhängige Ukraine ablehnte und die Wiederherstellung eines konservativen Großrußland mit starker Dezentralisierung erstrebte. Schwieriger ist die Entscheidung der Frage, ob deutsche Stellen bei der Machtübernahme aktiv vorbereitend mitgewirkt haben. Daß General Gröner am 24. 4. eine längere Aussprache mit General Skoropadskyj hatte, besagt nicht sehr viel. Generalmajor Waldstätten vom österreichischen Generalstab unterhielt sich bereits Mitte April mit dem zukünftigen Hetman und erbat eine schriftliche Meinungsäußerung, vgl. Geheimdokumente S. 133 f.

des Generals Skoropadskyj durch den Stabschef der deutschen Heeresgruppe und seine Mitarbeiter vorbereitet wurde. Eine genaue Durchsicht der einschlägigen Akten hat ergeben, daß sich für diese These keine Beweise vorbringen lassen. Skoropadskyj nutzte jedoch die Verlegenheit, in der sich die Mittelmächte befanden, und schuf durch einen Staatsstreich vollendete Tatsachen.

Auszugehen ist davon, daß General Groener bei seinem Dienstantritt in der Heeresgruppe Kiew rasch zu der Überzeugung kam, daß die vorhandene Regierung nicht bereit und überdies unfähig sei, die vertraglichen Vereinbarungen zu halten. Bis dahin waren nur ganz kleine Transporte zustande gekommen⁶⁰). Mit der Entschlossenheit, die Groeners Handeln stets auszeichnete, suchte er eine neue Regierung. Er war dabei bereit, die „staatssozialistische Maske“ weiterhin in Kauf zu nehmen; es durfte jedoch nur eine Maske sein: ohne eine Einschaltung des freien Handels komme man in der Getreidefrage nicht voran. Am 19. April muß er jedoch der OHL melden, daß alle Erkundungen bisher erfolglos gewesen seien. Am 24. April trifft er den General Skoropadskyj. Nach dem Bericht Dorošenkos wurde damals besprochen: 1) Auflösung der Rada, 2) Wiederherstellung des Privateigentums und Sicherung des freien Handels, 3) Entschädigung der Mittelmächte für ihre militärische Hilfe gegen die Bolschewisten.

Damit ist jedoch noch nicht die These gesichert, daß Groener den Staatsstreich gefördert hat. Der Hetman hat später festgestellt, daß er die Deutschen vor eine vollendete Tatsache gestellt habe. Das ist richtig. Nach dem vergeblichen Bemühen um eine passende Regierungsumbildung war General Groener geneigt, jede Initiative, die zu einem „besseren“ Kabinett führen konnte, zu begrüßen. Eine angebliche Verschwörung gegen die Deutschen verstärkte noch seine Absicht, schnell einen Kurswechsel zu vollziehen.

Der Staatsstreich Skoropadskyjs wurde bei den Dienststellen der Mittelmächte allgemein als Verlegenheitslösung angesehen. Es ist kein Enthusiasmus zu entdecken. Die Kommandostellen berichten über die Vorgänge im Kiewer Zirkus merkwürdig zurückhaltend und kritisch. Am 3. 5. erhält z. B. Oberost die Mitteilung, daß eigentlich nur die Absicht bestanden habe, den bisherigen Linkskurs

⁶⁰) Insgesamt kamen — ganz überwiegend während des Hetmanats — 9 293 Waggons Getreide und 27 772 Waggons mit anderen Gütern (Kohle, Viehfutter, Zucker) zum Versand, das waren nicht ganz 20 % der erwarteten Menge.

„unter kleinem Einschlag nach rechts“ abzumildern. Der neue Hetman gehe jedoch viel zu weit, das Scheitern der Verhandlungen mit den Sozialföderalisten sei seine Schuld. Man könne die Verantwortung für den sozialreaktionären Kurs Skoropadskyjs auf deutscher Seite nicht übernehmen und müsse deshalb eine entsprechende Volksaufklärung „in diesem Lande der dauernden Mißverständnisse“ betreiben. Dabei mußte man die Volksmeinung, daß der Hetman ein Reaktionär sei, als psychologisch wichtigen Faktor zur Kenntnis nehmen.

„Da dieser Hetman nun einmal da ist und das Odium seiner Geburt uns zur Last gelegt wird, bleibt auch m. E. zunächst nichts anderes übrig, als ihn zu stützen. Was aber nicht ausschließt, daß man ihn bei der ersten sich bietenden Gelegenheit ebenso schnell in der Versenkung wieder verschwinden läßt, wie er ... im Kiewer Zirkus erschien.“

Es ist verständlich, daß Ludendorff diesen Bericht eigenartig fand, er fragt deshalb sofort zurück, weil er natürlich annahm, daß der Hetman die seit langem gesuchte Lösung sei.

Ergibt sich somit, daß das Groenersche Vorgehen keineswegs auf einer gesicherten Beurteilung der Lage beruhte, sondern letzten Endes eine Improvisation war, so wird die deutsche Ukrainepolitik im Frühsommer 1918 noch fragwürdiger, wenn man bedenkt, daß die getroffenen Maßnahmen vom Reichskanzler entschieden abgelehnt und von der Reichstagsmehrheit offen kritisiert wurden. Der Kiewer Vertreter des Auswärtigen Amtes hatte einer Hinausschiebung des Regierungssturzes das Wort geredet, weil er „den Sprung ins Dunkle“ fürchtete, schwenkte dann aber im wesentlichen in die Linie Groeners. Die Reichsregierung war jedoch mit dem Wechsel nicht einverstanden. Die Mehrheitsparteien des Reichstages, die sich bereits über Maßnahmen der Heeresgruppe zur Sicherung der Landbestellung aufgeregt hatten, wurden unruhig⁶¹⁾.

⁶¹⁾ Ob der Versuch des Auswärtigen Amtes, den Publizisten Paul Rohrbach in die Ukrainepolitik einzuschalten, ein bestimmtes Ziel verfolgte, ist nicht zu entscheiden, weil Rohrbach erst nach dem Staatsstreich in Kiew eintraf. Mit Recht weist Henry Cord Meyer in seinem Aufsatz „Germans in the Ukraine, 1918 (American Slavic and East European Review IX, 1950) darauf hin, daß sich die Vertreter des Auswärtigen Amtes in der Beurteilung der innerpolitischen Haltung einzelner ukr. Politiker oft irrten. Meyer druckt Briefe von und an Rohrbach ab, aus ihnen ergibt sich u. a. die Haltung des deutschen Generalkonsuls in Kiew.

Sehr bedenklich war auch, daß Österreich-Ungarn offenbar eigene Wege ging. Es erkannte die Hetmanregierung zunächst offiziell nicht an. In Aleksandrovsk und an anderen Orten zeigte sich der Erzherzog Wilhelm, um den Gedanken einer Personalunion mit dem Habsburgerreich zu fördern. Allen übertreibt, wenn er die Zurückhaltung Wiens gegenüber dem Hetman darauf zurückführt, daß der Wunsch, den Erzherzog zum Staatschef der Ukraine zu machen, durch Berlin nicht erfüllt worden sei. Die österreichisch-ungarische Regierung hielt damals die innerpolitische Lage der Ukraine nicht für spruchreif und sah in der Regierung Skoropadskyjs eine Übergangslösung. Sie veranlaßte deshalb Kaiser Karl zu einem Handschreiben an den Erzherzog, in dem ihm Abwarten befohlen wurde. Wien zog sich auf den Standpunkt zurück, daß die Ukraine lediglich wirtschaftlichen, nicht aber politischen Interesses sei. Gerade diese Haltung wurde aber von General Krauss als falsch empfunden. Als Chef der k.u.k. Ostarmee drängte er auf eine stärkere Angleichung an die reichsdeutsche Linie. Man könne sich Sonderwege nicht leisten. Die Wiener Politik habe in der Ukraine kein klares Ziel — die bloße Deckung des Nahrungsdefizits sei kein politisches Ziel — und werde deshalb den Deutschen gegenüber immer den kürzeren ziehen⁶²). Es sei besser, alle Heimlichkeiten zu lassen und für alle Fragen zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer eine klare Vereinbarung zu treffen. Deutsche Militärs sahen gleichwohl in Krauss einen besonders gefährlichen Störenfried⁶³).

Es verwundert nicht, daß diese ständigen Auseinandersetzungen der deutschen Politik nicht die Zeit ließen, die allmähliche Schwergewichtsverlagerung in der Hetmanregierung in ihren wahren Absichten zu erkennen. Groener und Mumm

⁶²) Der Brester Friedensschluß mit der Ukraine fand eine gute Presse. In der „Hilfe“ begrüßte Naumann die Rada-Vertreter herzlich und fügte hinzu: „Die Fruchtbarkeit der Ukraine, insbesondere ihr Kornreichtum gewährt die Aussicht auf eine solche Verbesserung der Ernährungsverhältnisse Mitteleuropas, daß alle Hoffnung der Feinde, uns durch Aushungerung mürbe zu machen, daran zuschanden werden muß“ (9. 2.). In der Ausgabe vom 14. 2. gibt Rohrbach seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß Rußland aufgehört habe, zu existieren. An seine Stelle trete eine neue osteuropäische Staatengruppe. Wahrscheinlich sei unter ihnen die Ukraine mit ihrem Reichtum (und ihrem Normannenblut) der zukunftsreichste Staat. Rohrbach kritisierte den Feldbestellungsbefehl Eichhorns, 1. wegen seiner Sprache (nur deutsch und russisch — nicht ukrainisch) und 2. weil er die Autorität der Regierung verletze (9. 5.). Das Kabinett des Hetmans wird in der „Hilfe“ ungünstig beurteilt.

⁶³) Geheimdokumente S. 84, 139, 160 ff.

bewahrten aus der Gründungszeit des Kabinetts den Gedanken, man müsse den Hetman mit gewissen Linkskreisen wieder aussöhnen, um ihn von der gefährlichen Verbindung mit russisch orientierten Konservativen freizubekommen. Am 29. Juni legte Mumm z. B. dem Ministerpräsidenten Lysohub nahe, dem Ministerium mehr „Lokalkolorit“ zu geben. Der Wunsch nach einer Annäherung an die ukrainischen Linkskreise sei seit April bei ihm und General Groener nur gewachsen. Der Hetman ging auf diese Wünsche zunächst nicht ein, nahm jedoch dann die Fühlung zu den ententefreundlichen Logenkreisen wieder auf. Anscheinend ist sich General Groener über die Verbindungen Skoropadskyjs zur Entente nicht klar gewesen. Aus einem Briefe des ukrainophilen polnischen Grafen Tyszkiewicz an den Metropolitén Šeptyčkyj wissen wir, daß der Hetman mit dem französischen Vertrauensmann Pélissier in Verbindung stand. Pélissier hat dem in Lausanne lebenden polnischen Grafen Anfang August erzählt, daß Skoropadskyj anfangs mit Hilfe der Entente seinen Staatsstreich habe durchführen wollen und sich später über Stockholm nochmals an die Westmächte gewandt habe, um ihre Hilfe zu erhalten. Seine rechte Hand sei ein junger Mann, dessen Namen Pélissier Tyszkiewicz nicht nannte, den wir aber kennen: Morkotun. Er sei ein Agent der Entente.

Nach seiner Rückkehr von einer Deutschlandreise ernannte der Hetman im September offiziell den Gründer der Narcissus-Loge, Morkotun, zu seinem Sekretär. Dessen Aufgabe bestand darin, dem inzwischen gegründeten „Ukrainischen Nationalverband“ unter der Führung der alten Rada-Chefs den Weg zu ebnen.

In Berlin gewann der Gedanke, die Ukraine müsse doch wieder an Rußland angeschlossen werden, stark an Boden, während Groener eine Verstärkung des ukrainischen Kurses — jedoch mit dem offenbar russisch orientierten Hetman — das Wort redete. In den Augen des Obersten Heye, der die Verhältnisse im Lande gut kannte, sah das so aus: „Die Gesandtschaft begünstigt die kleine, aber bodenständige Ukrainer-Partei. Das Oberkommando geht aber ganz im großrussischen Fahrwasser. Die einen betreiben mit allen Mitteln die Bodenreform, die anderen unterstützen die Großgrundbesitzer gegen die Bauern Diese Doppelpolitik trägt uns ewig Mißtrauen ein und die Stellungnahme des Oberkommandos für den Großgrundbesitz ist viel schuld an dem Anwachsen der bolschewistischen Banden.“ Die Meinung, daß der Hetman „russisch“ orientiert sei, herrschte nicht bloß bei seinen Gegnern im Lande, sondern auch in vielen Dienststellen der Mittelmächte vor. Sicher ist, daß der Hetman in einem russischen Milieu aufgewachsen war. Als Großgrundbesitzer bejahte er innerlich den rußländischen Reichsgedanken, der freilich im 20. Jh. bereits einen stark großrussisch-nationalen Charakter angenommen hatte. Nach Übernahme der

Staatsführung konnte er für den von ihm eingenommenen Standpunkt anführen, daß eine radikale Ukrainisierung der Verwaltung einfach nicht möglich war, wenn nicht das administrative Leben durch die Einschaltung untauglicher Elemente gestört werden sollte. Für die Parteien, die bisher die Rada beherrschten, waren jedoch das Bekenntnis zum eigenen Volkstum und die Beherrschung der ukrainischen Sprache schlechthin ausschlaggebend. Wie weit sich Skoropadskyj als Angehöriger des Hochadels den Gesichtspunkten der Nationalbewegung innerlich aufschloß, läßt sich nicht entscheiden.

Ende August war also das Durcheinander der deutschen Ukrainepolitik bereits so angewachsen, daß ein Mann wie Heye, der Stabschef der Heeresgruppe Herzog Albrecht war, sich unmittelbar an die OHL wandte. Er sah nicht die Versuche Groeners, den Hetman zu einem Ausgleich mit den gemäßigten ukrainischen Gruppen zu zwingen, sondern hielt sich an die Tatsachen. Und Tatsache war, daß Groener den Hetman stützte, obwohl er anscheinend in der Hand russischer bzw. russisch gesinnter Kreise war. Solange sich die deutsche Frühjahrsoffensive in Frankreich günstig auswirkte und sogar ein russischer Demokrat wie Miljukow (durch die Vermittlung Lysohubs) mit den deutschen Stellen in Kiew in Verbindung stand, hatte diese russische Orientierung im Hinblick auf einen etwaigen Feldzug gegen Moskau eine gewisse Bedeutung.

Die Tatsache, daß die Reichsregierung die Ermordung ihres Botschafters in Moskau hinnahm, bewies jedoch in Verbindung mit anderen Umständen, daß Berlin nicht entschlossen war, dem Drängen bestimmter Kreise, als deren Kopf sich Helfferich herausstellte, nachzugeben: es wurde der von der Entente erwartete Schlag gegen das bolschewistische Moskau nicht geführt. Das bedeutete aber, daß das Vorgehen in der Ukraine auf eine Rußlandkonzeption keine Rücksicht zu nehmen brauchte. Unterstützung der Russen bedeutete (auch wenn man die Stärke des ukrainischen Nationalgefühls für die damalige Zeit nicht hoch einschätzte) Verschärfung der innerpolitischen Lage, weil diese Russen in der Agrarfrage an keinerlei Entgegenkommen interessiert waren. Unterstützung der Russen bedeutete aber vielfach Verstärkung des ententistischen Einflusses, da die Feindmächte von Odessa und Jassy aus ihr Verbindungsnetz vor allem mit Hilfe der Russen ausbreiteten. In ihrem Sinne war z. B. die Geheimorganisation „Krasnaja Točka“ tätig.

Mitte Juli berichteten die katholischen „Neuen Züricher Nachrichten“ (Nr. 191) über eine angebliche großrussische Verschwörung, die im Solde Englands dabei sei, die deutschen Staatsmänner und Militärs in Kiew und Berlin zu täuschen: Hetman Skoropadskyj sei der erste Stein zum Wiederaufbau eines orthodoxen moskowitzischen Großrußlands. „Was sich zur Zeit in Kiew vorbereitet und abspielt, hat den Charakter eines Selbstmordes, des Selbstmordes der deutschen Politik in der Ukraine.“ Veranlaßt war dieser Artikel von einem in der Ukraine begüterten polnischen Adeligen, dem uns bereits bekannten Grafen Michael Tyszkiewicz. Sein Urteil war nicht ganz falsch.

Und Heye hatte vor allem recht, wenn er feststellte, es sei eine Unordnung eingetreten, die in einem Lande, das $1\frac{1}{2}$ mal größer sei als Deutschland, auch militärisch kaum noch zu beseitigen sei. Als besonders bedenklich sah er an, daß die Heeresgruppe nicht energisch genug gegen Terror- und Sabotageakte auftrat. Große Munitionslager flogen in die Luft und töteten in Kiew (6. 6.) und Odessa (31. 7.) Hunderte von Menschen. Mitte Juli legte ein Eisenbahnerstreik den Verkehr weitgehend lahm und am 30. Juli ermordeten Beauftragte der gleichen russischen Sozialrevolutionäre, die zu Beginn des Monats den deutschen Botschafter in Moskau erschießen ließen, den Feldmarschall von Eichhorn. Ganz besonders schwierig gestalteten sich die Dinge auf dem Lande. Die Bauern waren der Überzeugung, daß der Hetman und die hinter ihm stehenden Mittelmächte die Absicht hätten, ihnen das Land vorzuenthalten, das ihnen versprochen war. Das provisorische Agrargesetz vom 14. Juni brachte keine ausreichende Beruhigung. Die schweren Bauernunruhen, die im Mai und Juni unter sozialrevolutionärer Führung vor allem die Mittel-Ukraine heimsuchten, flauten nur wenig ab. Als im August Erwägungen über den Rückzug der verbündeten Truppen angestellt wurden, war man sich über die Konsequenzen klar: „Die erste Explosion des Pulverfasses, auf welchem wir sitzen, wäre — so schrieb Botschafter Graf Forgach⁶⁴⁾ an Außenminister Burian — voraussichtlich sehr heftig und blutig, da die von unseren Truppen mühsam in Zucht gehaltenen anarchistischen Elemente die Oberhand gewinnen würden.“

Trotzdem konnte man sich auf seiten des österreichisch-ungarischen Außenministeriums zunächst nicht entschließen, die Bedenken, die gegen die Aufstellung einer ukrainischen Armee vorhanden waren, aufzugeben. Es bedurfte energischer Vorstellungen des Befehlshabers der Ostarmee, General Krauß, um in Wien die Zustimmung dafür zu erhalten, daß bei der Aufstellung von 16 Infan-

⁶⁴⁾ do S. 204.

terie- und 4 Kavalleriedivisionen geholfen würde. Auch hier ergab sich freilich die gleiche Schwierigkeit wie beim Aufbau der staatlichen Verwaltung: es fehlten die Offiziere und Unteroffiziere zur Ausbildung der Rekruten⁶⁶⁾. General Krauß befürwortete aus diesem Grunde ein langsames Tempo beim Aufbau. Es war jedoch weder die Zeit für einen schnellen, noch für einen langsamen Aufbau mit Hilfe der Mittelmächte vorhanden. Vergeblich bat Außenminister Dorošenko in Berlin um ein Verbleiben deutscher Einheiten in der Ukraine. Die langsame Rückführung des deutschen Ostheeres gab dem Lande vorübergehend noch einige Sicherheit, ein nennenswerter Beitrag zum Aufbau ukrainischer Streitkräfte konnte nicht mehr geleistet werden. Zum Kern der notdürftig aufgestellten Verbände wurden die aus galizischen Ukrainern bestehenden Sičovi Strilci unter Oberst Konovalc.

Ursachen des Zusammenbruchs

Vor allem im ukrainischen Schrifttum⁶⁶⁾ ist die These vertreten worden, daß die spätere Bolschewisierung der Ukraine auf das Verhalten der Mittelmächte nach Brest Litowsk zurückzuführen sei:

„Wenn die Politik der Mittelmächte in der Ukraine dem Wortlaut des Berester Vertrages entsprochen hätte, wäre es nicht zu diesen Umstürzen (Staatsstreich des Hetmans, Gegenschlag des Direktoriums, schließlich nach Schwächung der ukrainischen Widerstandskraft Bolschewisierung) gekommen. Dies hinwieder hätte eine Festigung der ukrainischen Verteidigungskraft bedeutet, was wahrscheinlich zu einem anderen Verlauf der geschichtlichen Vorgänge in Osteuropa geführt hätte.“

Man wird diesem Urteil deshalb kaum zustimmen können, weil es die Existenz eines ukrainischen Staates bei Abschluß des Friedensvertrages voraussetzt. Der Historiker wird aus der völkerrechtlichen Anerkennung der Ukraine durch die Mittelmächte noch nicht unmittelbar auf ihre Existenz schließen dürfen: die Ukraine war 1917/18 ein werdendes Staatswesen, dessen Konsolidierung vom Verhalten der äußeren und inneren Feinde, vom Ausgang des Krieges und vom Verhalten der Führungsschicht abhing.

Mit Recht hat Reshetar⁶⁷⁾ hervorgehoben, daß sich aus der inneren Entwicklung des ukrainischen Nationalgedankens eine gewisse Unreife der politischen bzw. politisierenden Elite ergeben mußte. Ein Volk, das im Laufe seiner Geschichte den eigenen Adel

⁶⁶⁾ Siehe Beilage. Auch in der Krim verhinderten die Mittelmächte die Aufstellung bewaffneter einheimischer Verbände, vgl. Kirimal S. 192. In einer Note war der Rada-Regierung am 24. 4. ausdrücklich mitgeteilt worden, daß keine ukrainische Armee formiert werden dürfe, vgl. Dorošenko, Istorija Ukrainy, Bd. II, 30. Bis zum Ende des Sommers 1918 wurde dieser Standpunkt festgehalten.

⁶⁶⁾ So etwa Horak a. a. O S. 155 ff.

⁶⁷⁾ Reshetar S. 319 ff.

und später auch den größten Teil seiner Intelligenz durch Assimilierungsvorgänge an die Nachbarvölker (Polen, Großrussen) verloren hatte, bedurfte in der kritischen Situation nach der russischen Revolution einer einheitlich denkenden und gemeinsam handelnden Elite. Tatsächlich gingen jedoch die Meinungen über die anzustrebenden politischen Ziele weit auseinander: ein föderalistisch aufgegliedertes Rußland unter monarchischer oder demokratischer Führung, eine selbständige Ukraine, eine Föderation der Länder am Schwarzen Meer — das waren die wichtigsten Konzeptionen, die das politische Denken der 1918 handelnden Gruppen bestimmten. War der selbständige ukrainische Staat für die einen das letzte Ziel, so war er für andere — auf der Linken wie auf der Rechten — nur das Durchgangsziel für die Wiederherstellung der rußländischen Einheit. Diese Differenzen in der nationalen Sache wurden verschärft und kompliziert durch die soziale Frage, die in erster Linie als Agrarproblem in Erscheinung trat. Nachdem man sich entschlossen hatte, die Selbständigkeit der Ukraine mit Hilfe der Mittelmächte zu erringen und zu sichern, lag auf der Agrarpolitik die Hypothek der Absprachen von Brest-Litowsk. Nach Lage der Dinge konnte das Versprechen, den Getreideüberschuß des Landes den Mittelmächten zur Verfügung zu stellen, nur dann erfüllt werden, wenn es gelang, einen modus vivendi zwischen Großgrundbesitzern und Bauern oder eine neue Ordnung, die Anbau, Ernte und Ablieferung des Getreides garantierte, zu finden. Das setzte jedoch guten Willen und vor allem einen Apparat voraus, der die Durchführung staatlicher Anweisungen sicherstellte. Man muß zumindest für die den Sozialrevolutionären nahestehenden Kreise bezweifeln, ob dieser gute Wille vorhanden war. Wie in den von den Bolschewisten beherrschten Teilen Rußlands waren die Sozialrevolutionäre die Kräfte, die vor allem einer Stabilisierung der Ordnung im Wege standen. Erschwerend kam hinzu, daß sich für den Aufbau dieser Ordnung nicht in ausreichendem Maße Kräfte finden ließen. General Groener hatte durchaus Recht, wenn er am 10. Juni 1918 in einem Gespräch mit Vertretern der mehr rechtsgerichteten Parteien betonte:

„In der Verwaltung fehlt es an ukrainischen Männern, die Erfahrung in der Verwaltungstechnik besitzen. Industrie und Handel, ohne die kein selbständiger Staat bestehen kann, ist großrussisch gesinnt. Ein schwieriges Problem bildet auch

die Kirchenfrage; die hohe Geistlichkeit steht der selbständigen Ukraine feindlich gegenüber⁶⁵⁾)

Bei dieser Sachlage wirkt es überraschend, daß sich die ukrainischen Regierungsparteien nicht auf die entscheidenden Probleme konzentrierten, sondern eine reine „National“-Politik betrieben, die zu ständigen Konflikten und Reibereien mit den Nachbarn führen mußte. Das Aufrollen der Cholmer Frage in Brest Litowsk, aus dem langen Volkstumskampf mit den Polen verständlich, hatte praktisch zur Folge, daß sich Österreich-Ungarn in seinem Besatzungsbereich ganz besonders wenig Mühe gab, den ukrainischen Wünschen Rechnung zu tragen. Verärgert darüber, daß die ukrainische Delegation die Zwangslage der Doppelmonarchie in Brest rücksichtslos ausgenutzt hatte, ließ man den antiukrainischen Bestrebungen der russischen und polnischen Grundbesitzer und Kaufleute freien Lauf. Wiederholt klagten reichsdeutsche Beobachter darüber, daß Vertreter der k.u.k. Dienststellen einseitig polnisch orientiert seien⁶⁶⁾). Das Anmelden von Ansprüchen auf die Krim, Bessarabien, das Don-

⁶⁵⁾ Geheimdokumente S. 142 ff.

⁶⁶⁾ So insbesondere Feldmarschall-Leutnant von Boeltz, der österreichische Kommandant von Odessa, vgl. Geheimdokumente S. 187. Boeltz erschöpfte sich am 10. November, in seinem Bericht über dies Ereignis unterstreicht der deutsche Generalkonsul in Odessa, daß B. die ukrainische Staatlichkeit abgelehnt habe. Er sei von seinem Stabschef, der polnisch orientiert war, abhängig gewesen und habe in organisatorischer Hinsicht, z. B. im Kampf mit dem Schmuggel, völlig versagt, Geheimdokumente S. 223.

Die Kritik der k. u. k. Dienststellen an der ukrainischen Politik ging übrigens nicht bloß auf polnische Einflüsse zurück. Es hatte in Ungarn sehr verstimmend gewirkt, daß die Rada-Delegation in Brest-Litowsk den (allerdings vergeblichen) Versuch machte, auch die karpatenukrainischen Gebiete in das zu bildende neue Kronland einzubeziehen. Da Czernin über diesen Punkt jede Debatte ablehnte, enthielt das dem Brester Vertrag angefügte Geheime Protokoll (Text bei Dorošenko, *Istoriija Ukraïny II*, 215 und *Volkwart John* a.a.O. S. 80 f) lediglich Bestimmungen über Ostgalizien und das Buchenland. Es kam hinzu, daß von Anfang an gewisse österreichische Kreise die Absprachen des Friedensvertrags, die sich auf Getreidelieferungen bezogen, recht pessimistisch beurteilten, vgl. etwa den Brief Czernins bei Gratz-Schüller a.a.O. S. 151 und die Mitteilungen bei V. Naumann, *Profile* (München 1925), S. 246. Reshetar betont S. 183, daß Wiens Weigerung, den Vertrag zu ratifizieren, auch mit der Befürchtung zusammenhing, der Hetman oder eine andere ukr. Regierung würde eines Tages die Annexion Ostgaliziens, der Bukowina und des Karpatenlandes verlangen. Tatsächlich wurde bei Proklamierung der Westukrainischen Volksrepublik (18. 10. 18) die Karpatenukraine einbezogen, es gelang freilich nicht, dies Gebiet auch nur vorübergehend zu besetzen, vgl. Reshetar S. 230 f.

gebiet und die Kuban-Region führte zu Schwierigkeiten, die sich der werdende Staat in diesem Augenblick nicht leisten konnte. Die Mittelmächte zwangen zum Abschluß eines Vertrages zwischen der Regierung des Hetmans und dem Ataman des Dongebiets, General Peter Krasnov. Der Vorstoß auf die Krim war bereits früher am deutschen Widerstand gescheitert. Es war gewiß verständlich, daß die von einem gesteigerten Nationalgefühl erfaßte schmale Intelligenzschicht, die sich z. T. erst vor kurzem der Anziehungskraft des Polentums oder des Russentums entzogen hatte, den Wunsch hatte, ihre Landsleute vor weiterer Assimilierung zu bewahren. Da diese konnationale Bevölkerung jedoch in all diesen Grenzgebieten durchmischt mit anderssprachigen Gruppen, die zumeist die Mehrheit bildeten, lebten, bedeutete die Forderung nach Einbeziehung dieser Landstriche in den ukrainischen Nationalstaat eine schwere Belastung der osteuropäischen Völkerordnung, die sich nach den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechts ausbalanzierte. In Bessarabien waren z. B. ukrainische Tendenzen in nennenswertem Maße überhaupt nicht in Erscheinung getreten, im Sfatul Țării wurde zunächst die Bildung der Moldovanischen Republik im Verbands der demokratischen Staaten Rußlands, später die Selbständigkeit und schließlich der Anschluß an Rumänien beschlossen.

Wird man also einen erheblichen Teil der Ursachen für den ukrainischen Zusammenbruch aus dem Entwicklungszustand der Nationalbewegung und dem Überkreuzen sozialer und politischer Gesichtspunkte erklären müssen, so ergeben sich andere aus dem Einsatz der Mittelmächte, die mit falschen Erwartungen an die neue Aufgabe herangingen. Von Bedeutung war auch, daß sie im 4. Kriegsjahr nicht mehr in der Lage waren, der bäuerlichen Bevölkerung im Austausch gegen Getreide die Waren in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen, die sie benötigte. Außerdem fehlten ihnen die sprach- und sachkundigen Kräfte, die beim Aufbau der neuen staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen hätten behilflich sein können.

Als bei den Brest Litowsker Verhandlungen sich die Möglichkeit ergab, die ukrainische Karte gegen die widerspenstigen Bolschewisten auszuspielen, nutzten die deutschen Militärs die Situation. Sie standen dabei unter dem Einfluß einer erfolgreichen Publizistik, die der Ukraine eine hervorragende Rolle im Kranz der sog. Randstaaten zusprach. In Wirklichkeit war jedoch die ukrainische Frage

noch nicht über das Stadium eines Volkstumsproblems hinausgewachsen. Im Zeitalter des stürmischen Nationalismus, der sich in Osteuropa verspätete, bedeutete das aber, daß ein in seiner politischen Willensbildung vielfach geschwächtes Volkstum als Staatsnation erschien und als Ordnungsfaktor gegenüber einer Welt angesehen wurde, die sich gerade gründlich und unter revolutionären Umständen in ein Chaos zu verwandeln schien. Wenn man bei Oberost in der jungen Ukraine einen Ordnungsfaktor, der lediglich einer gewissen militärischen Hilfe bedurfte, sah, so verkannte man völlig die Lage und den Charakter der national- und sozialrevolutionären Bewegungen im Dni-progebiet. Kompliziert wurde die Lage noch dadurch, daß die als Staat auftretende Volkstumsbewegung sich mit Wirtschaftstheorien angereichert hatte, die zur Zerstörung der gegebenen Sozialordnung führen mußten. Für den Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung fehlten aber auf dem Lande wie in der Stadt die Voraussetzungen, zumindest in den ersten zwei Jahren nach dem Ausbruch der Revolution, die ohnehin im ehemaligen Zarenreich den Kräften des Chaos starken Auftrieb gegeben hatte. Gewiß gab es bereits Grundlagen für ein Staatsbewußtsein — jedoch in erster Linie unter den Westukrainern. Sie waren jedoch aus konfessionellen Gründen im Osten nur bedingt brauchbar. Trotz seiner alten Beziehungen zur Ostukraine hatte der unierte Metropolit Graf Septyčkyj erleben müssen, daß er während der Gefangenschaft von Amtsträgern der orthodoxen Kirche als „Fremdgläubiger“ mit starkem Mißtrauen behandelt wurde. Als sich 1917 gewisse Kreise des „Vorläufigen Allukrainischen Orthodoxen Kirchenrates“ deutlich dafür aussprachen, daß die zukünftige autokephale orthodoxe Kirche der Ukraine unter der Leitung des (immerhin!) griechisch-katholischen Lemberger Erzbischofs und Metropoliten stehen solle, entwickelte sich in der Hierarchie ein spontaner Widerstand. Die Befürchtung, daß die Wahl Septyčkyjs zu einer Unterordnung unter den Papst führen würde, war allgemein. Diese Stimmung ließ es geraten erscheinen, mit dem Einbau von griechisch-unierten Westukrainern vorsichtig zu sein. Man konnte schließlich nicht übersehen, daß das Denken der ostukrainischen Bauern vorwiegend von kirchlichen und dynastischen Empfindungen bestimmt wurde. War es schon schwierig genug, an die Stelle der Loyalität gegenüber dem Zarenreich die Treue gegenüber dem neuen Staat zu setzen, so mußten auf der

anderen Seite alle Schritte vermieden werden, die einen Konfessionskrieg zur Folge haben konnten. Es bestand stets die Gefahr, daß ein noch so kleiner Anlaß zu Explosionen führte: durch die agrarrevolutionäre Agitation der verschiedensten Gruppen war die Luft mit Zündstoff angefüllt! War die nationalistisch eingestellte Intelligenzschicht willens und in der Lage, die im Landvolk entfesselten Kräfte zu bändigen?

Es war der reichsdeutsche Partner, der sich über den politischen Reifezustand des neuen ukrainischen Faktors irrte. Österreich-Ungarn war gezwungen, diesem Irrtum zu folgen. Hätten sich die Absprachen in Brest Litowsk auf die Herbeiführung eines Sonderfriedens und die Besetzung der Ukraine mit rein militärisch-demonstrativen Zielen gegenüber den Bolschewisten beschränkt, so wären die Fehler, die sich aus der illusionären Berechnung von Brest Litowsk ergeben mußten, auf ein Mindestmaß beschränkt geblieben. Der Pakt mit der Ukraine hätte den Rat der Volkskommissare zum Friedensschluß gezwungen. Der von der OHL erstrebte Einsatz des Ostheeres im Westen hätte freilich nur teilweise realisiert werden können, weil die ententistischen Tendenzen in der Rada und das zweiseitige Verhalten Trotzky's die Stationierung gewisser Kontingente notwendig gemacht hätten. Tatsächlich bildeten jedoch die Wirtschaftsabkommen einen wichtigen Teil des ganzen Vertragswerkes, für Österreich-Ungarn sogar den wichtigsten. Nachdem die agrarrevolutionäre Bewegung und die bisherige Gesetzgebung der Rada die bisherige Wirtschaftsordnung bereits weitgehend zerstört hatten, mußte es darauf ankommen, wieder zu stabilen Verhältnissen zu gelangen. Die im reinen Staatsdenken erzogenen militärischen und zivilen Vertreter des Deutschen Reichs glaubten, daß diese Aufgabe durch die Regierung mit den üblichen Mitteln gelöst werden könne. Scheiterte die eine Regierung, so mußte eine andere eingesetzt werden. In Wirklichkeit lag hier kein Regierungs-, sondern ein Verwaltungsproblem vor. Da es neben der Staatsspitze mit seiner schwach entwickelten Bürokratie, die das Land kaum erfaßte, keine umfassende Volksorganisation — etwa in der Form der Genossenschaften — gab, blieb diese Aufgabe unlösbar.

Als den entscheidenden Grund für den Zusammenbruch der Mittelmächte in der Ukraine wird man einen grundlegenden Irrtum in den Erwartungen ansehen müssen, die in Brest Litowsk das Handeln bestimmten. Die Vertreter des Viererbundes besaßen keine

auf eigenen Informationen beruhenden Vorstellungen über die wirkliche Lage und rechneten mit einem Staatsgebilde, dessen Weiterentwicklung sie unter gewissen Bedingungen zu fördern gedachten. Diese Förderungsabsicht hatte jedoch von Anfang an gewisse Grenzen, so war man z. B. — vor allem auf Betreiben Wiens — wenig geneigt, der Frage einer ukrainischen Armee näherzutreten. Während man bei der OHL sehr daran interessiert war, aus der Reihe der Schwarzmeerdeutschen Soldaten⁷⁹⁾ zu bekommen, zeigte man nach den schlechten Erfahrungen mit den Polen wenig Interesse für ukrainische Verbände. Da die Probleme, die die Ukraine 1918 bot, sich nicht in erster Linie aus staatspolitischen Gegebenheiten, sondern aus der Besonderheit des Volkwerdungsprozesses ergaben, wäre es erforderlich gewesen, die Politik der Mittelmächte auf diesen Tatbestand einzustellen. Daß das den rein staatlich denkenden Dienststellen des Deutschen Reiches nicht möglich war, hatte schon die Entwicklung der Flamenfrage gezeigt: die Initiative war hier mehr und mehr auf die flämische Seite übergegangen, die Berlin sogar zur Anerkennung der am 22. 12. 1917 ausgerufenen politischen Selbständigkeit des Landes zwang. Auch in der Ukraine erwies sich, daß diplomatisch-bürokratische und militärische Maßnahmen nicht ausreichen, um Vorgängen, die durch Volksbewegungen und

⁷⁹⁾ Die Revolution hatte bei den Schwarzmeerdeutschen den rußländisch-dynastischen Reichsgedanken zerstört und eine starke innere Unruhe hervorgerufen. Die agrarsozialistischen Tendenzen der ukrainischen Regierung riefen die Befürchtung hervor, daß jetzt die s. Zt. in der Durchführung vielfach steckengebliebenen Liquidationsgesetze auf einem Umwege realisiert werden würden. Diese innere Lage erklärt die großen Erwartungen, die die Kolonisten den Truppen der Mittelmächte gegenüber hegten. Während Berlin die Frage der Schwarzmeerdeutschen in erster Linie unter dem Gesichtspunkte der Rückwanderung sah, waren die militärischen Stellen an ihnen als Rekrutenreservoir interessiert. Generalkonsul Thiel lehnte den Entschluß, die Schwarzmeerdeutschen in die deutsche Armee einzugliedern, in einem Brief an Rohrbach (H. C. Meyer, S. 110, Brief vom 1. 8. 18) leidenschaftlich ab. Die Meinung der Kolonisten war nicht so negativ. Sogar die Mennoniten hatten auf der Lichtenauer Bundeskonferenz (30. 6.—2. 7.) eine positive Haltung eingenommen und das bisherige Prinzip der Wehrlosigkeit als nicht mehr verpflichtend bezeichnet. Keine Gemeinde solle in dieser Frage einen Gewissenszwang ausüben. Versuche der Schwarzmeerdeutschen, in Berlin Garantien für eine bestimmte politische Ordnung des Kolonistenlebens zu erhalten, scheiterten; es erwies sich, daß die Behörden das Besondere des volksdeutschen Lebens garnicht erkannten und in den (zumeist recht wohlhabenden!) Kolonisten zukünftige Landarbeiter im Posenschen oder Ansiedler in den neu zu erwerbenden Reichsgebieten sahen. Sie waren sehr enttäuscht darüber, daß der Gedanke des Rückwanderns wenig Anklang fand.

Volksstimmungen bewirkt werden, eine andere Richtung zu geben. Tatsächlich war die Herrschaft in der Ukraine bereits vor dem militärischen Zusammenbruch verloren: weder Groener noch die diplomatischen Vertreter der Mittelmächte wurden ab Ende Juli der Entwicklung noch Herr.

Daß sich die Erwartungen der Mittelmächte nicht erfüllten, hatte freilich noch andere Gründe: die Zersetzungerscheinungen, die sich überall im ehemaligen Zarenreich zeigten, mußten sich natürlich auf die Absichten Berlins und Wiens automatisch ungünstig auswirken. Dazu kamen natürlich individuelle Fehler.

Sie lassen sich übrigens nicht, wie es in der Auseinandersetzung zwischen den Parteien vielfach geschah, auf das preußische Konto „abbuchen“. Wenn der Sozialdemokrat Dr. David, der über gute Beziehungen zu ukrainischen Politikern verfügte⁷¹⁾, im Deutschen Reichstag die Mißstände in der Ukraine auf militärische Ausschreitungen des „ostelbischen Junkertums“ zurückführte, so übersah er, daß alle Beauftragten des Reichs, die in der Ukraine von Einfluß waren, ihrer Herkunft nach nicht zu diesen „Junkern“ gehörten⁷²⁾.

Sehr folgenschwer aber war, daß keine klaren und einheitlichen Vorstellungen über das in Rußland anzustrebende Ziel bestanden. Diese Unklarheit mußte sich natürlich auch in der Ukrainepolitik auswirken. Offenbar waren sich die Bolschewisten über diese Unsicherheit klar.

Joffé schlug daher bei Verhandlungen über einen Ergänzungsvertrag zu Brest-Litowsk vor, die von ihm in Aussicht gestellte engste wirtschaftliche Zusammenarbeit so zu organisieren, daß seine Regierung bei der Erfassung der großen Getreidevorräte in der Ukraine mitwirken könne. Die ukrainischen Bauern hätten Getreide vergraben, seiner Regierung würde es mit Hilfe ihrer Freunde möglich sein, diese Schätze zu heben. Wenn Joffé vorschlug, daß Rußland „zunächst in einem gewissen Gebiet der Ukraine die Getreideversorgung beider Länder in die Hand nehmen“ solle, so zielte dieser Gedanke natürlich nicht nur auf eine Beteiligung des Nordens an dem ukrainischen Getreide ab. Er enthielt zugleich den Wunsch, die Ukraine unter die eigene Botmäßigkeit zu bekommen⁷³⁾.

⁷¹⁾ Der Sozialdemokrat N. Levyčkyj nahm z. B. wegen des Brester Vertrags mit deutschen Sozialdemokraten die Verbindung auf, so Reshetar S. 329.

⁷²⁾ Eichhorn entstammte einer fränkischen, Groener einer schwäbischen und Mumm einer rheinischen Familie. Der Offizier, der in Kiew ukrainische Minister verhaftete, sei Süddeutscher gewesen — dies alles unterstrich Graf Westarp in einer Reichstagsdebatte, vgl. sein Buch „Konservative Politik“, Bd. II, 587.

⁷³⁾ H. W. Gatzke a. a. O. S. 81. Es wird nicht ganz klar, wie Stresemann diese Forderungen und Vorschläge des sowjetrussischen Vertreters beurteilt hat. Offenbar hielt er sie jedoch für realisierbar und zweckmäßig.

Wenn Joffé stillschweigend voraussetzte, daß das Deutsche Reich nicht mehr bereit sei, voll für die ukrainische Selbständigkeit einzutreten, so hatte er die Situation richtig erkannt. Wenige Tage vor dem Gespräch, das Joffé und Krassin mit verschiedenen deutschen Delegierten (darunter Stresemann) am 7. Juli hatte, war die Lage in Spa erörtert worden. Ludendorff hatte kategorisch erklärt: „Ein lebensfähiger selbständiger Staat wird nie entstehen. Der nationale Gedanke der Ukraine steht und fällt mit der Anwesenheit unserer Truppen.“ Der Kaiser ergänzte diese negative Aussage durch die Behauptung: „Wir sind in die Ukraine gegangen, um Lebensmittel zu erhalten“. Das „Nur“, das in diesen Worten mitschwingt, enthält jedoch eine neue Interpretation der bisherigen Politik, die von dem Gedanken ausgeht, daß es ein „Wahn“ sei, Rußland und die Ukraine auf die Dauer trennen zu wollen. In der Ukraine könne man jedoch Ordnung schaffen. Das sei angesichts der chaotischen Zustände im Osten sehr wichtig. „Um Kiew können sich jetzt alle russischen Ordnungselemente scharen und von hier aus kann die Neugeburt Rußlands erfolgen“. Von dieser Konzeption aus empfahl der Kaiser, die Verbindung zu den russischen Monarchisten aufzunehmen. Es genüge, wenn sie den Frieden von Brest Litowsk (ohne den Ukrainevertrag) anerkennen. Die besondere Entwicklung in den kritischen Monaten Juli und August hat die in Kiew amtierenden deutschen Militärs und Diplomaten daran gehindert, das Ruder voll und ganz auf diesen Kurs einzustellen. Es kann jedoch nicht bezweifelt werden, daß nicht nur der ohnehin russophile von Mumm, sondern vielleicht auch Groener⁷⁴⁾ und seine Mitarbeiter im Spätsommer 1918 nur noch eine großrussische Lösung für möglich hielten. Da sie jedoch eine Entscheidung darüber, ob die Bolschewisten, die Monarchisten oder die bisherigen Anhänger Kerenskij's das wahre Rußland vertreten, voraussetzte, hielt sich der General in Kiew an die gegebene Aufgabe und betrieb z. B. im Oktober eine Ukrainisierung der Regierung, um wenigstens den Hetman, den er für deutschfreundlich hielt, zu retten.

Angesichts der vielen Änderungen, die der Gedanke einer politischen Ordnung in der Ukraine seit dem ersten Auftreten der Rada-

⁷⁴⁾ General Groener hat später in Gesprächen mit dem Leiter des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin, Prof. Mirtschuk, stets betont, daß er die „großrussischen“ Konzeptionen, die im Sommer und Herbst 1918 auftauchten, nie gebilligt habe. (Persönliche Mitteilung von Prof. M. Die bisher vorhandene Groener-Literatur läßt eine kritische Überprüfung leider noch nicht zu.)

Vertreter in Brest Litowsk bis zum Spätsommer 1918 durchlaufen mußte, ist es nicht verwunderlich, daß sich bei leitenden Beamten sogar gewisse Bewußtseinsverschiebungen vollzogen. So vertrat der neue Chef des Auswärtigen Amtes, der ab Juni die Außenpolitik dirigierte, Stresemann gegenüber die Meinung, die Schaffung einer selbständigen Ukraine sei nicht ein deutsches, sondern ein österreichisches Ziel gewesen⁷³⁾. Diese durchaus falsche Deutung zeigt, wie groß die Enttäuschung in der Reichsführung über eine Politik war, in die man freilich ohne verlässliche Informationen und mit umso größeren Erwartungen hineingegangen war. Gewiß hatte sich Staatssekretär Hintze stets mehr für die russische Entwicklung interessiert, daß er jedoch einem führenden Parlamentarier gegenüber die für Brest Litowsk maßgeblichen Motive völlig umdeutete, zeigt eindringlich den Krebsgang deutscher Ostpolitik 1917/18.

Anlagen (Akten aus Wiener Archiven)

Telegramm

1.

Graf Forgach,
Kiew, 10. August 1918.
No. 790
Vertraulich.

Bezugnehmend auf Tel. Nr. 780

In internen Besprechungen wurde der Gedanke erwogen, um die ukrainische Regierung für die beginnenden Finanzverhandlungen unter gewissen Druck zu stellen, derselben die Kosten über die militärischen Operationen vorzulegen. Dieser Vorschlag wurde von General Gröner mit der Begründung abgelehnt, daß der Ukraine in einem gegebenen Momente der Vorschlag einer Militärkonvention unterbreitet werden wird, und dieser Trumpf für diese Verhandlungen aufgespart bleiben muß.

2.

Telephondespesche

Gegenstand: Aufstellung der Ukrainischen Armee.
Adresse: Graf Trauttmansdorff, Baden
Wien, den 30. 9. 1918.

Zu E. Tel. Dep. Z. 32837 v. 18. d. M. u. zum d. a. Bericht Z. 31332 v. 21. Juli 1918.

Ich teile durchaus die in dem Berichte des G. d. I. Krauß vertretene Auffassung, daß wir auf die Bildung einer ukrainischen Armee Einfluß nehmen müssen. Auch stimme ich der Absicht des Chefs des Generalstabes zu, zur Festlegung der Grundlagen der zu schaffenden ukrainischen Armee eine aus Ver-

⁷³⁾ Staatssekretär von Hintze kannte das Zarenreich gut.

tretern Österreich-Ungarns und Deutschlands bestehende gemischte Kommission in Kiew einzusetzen, deren Beschlüsse die Basis unserer Forderungen an den ukrainischen Staat zu bilden hätten. Angesichts der von Ew. eingangs bezogenen Berichte in zutreffender Weise hervorgehobenen politischen Bedeutung der Angelegenheit, ersuche ich Ew. beim AOK. nach Tunlichkeit dahin zu wirken, daß diesen kommissionellen Beratungen, insofern sich diese auf die prinzipielle Seite und nicht auf rein militärische Detailfragen beziehen, auch der k. u. k. Vertreter in Kiew zugezogen werden möge.

Zu den im vorgelegten Berichte des G. d. I. Krauß enthaltenen meritorischen Vorschlägen möchte ich jedoch behaupten, daß es mir mit Rücksicht auf die noch ungeklärte politische Lage in der Ukraine und auf die Ungewißheit ihrer weiteren Entwicklung fraglich erscheint, ob die von Gen. Krauß vorgeschlagene Aufstellung eines auf breiter Basis aufzustellenden Kaderheeres von unserem Standpunkte aus die Form für die zu errichtende ukrainische Wehrmacht wäre.

Einsteils darf nicht übersehen werden, daß ein solches nach Muster der europäischen Großstaaten auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht aufgestelltes ukrainisches Heer, das mit entsprechender artilleristischer und sonstiger Ausrüstung versehen wäre, falls die Lage im Osten in einem für uns ungünstigen Sinne sich veränderte, was heute nicht unbedingt ausgesprochen werden kann, eine Gefahr für die Monarchie bedeuten würde, auch wenn diese Armee vorderhand nur aus Kaderformationen bestünde. Auch bedarf, meiner Ansicht nach, die Ukraine in ihrem gegenwärtigen Entwicklungsstadium keinesfalls einer solchen Wehrmacht. Hingegen schiene es mir sowohl den Bedürfnissen der Ukraine, als auch unseren Interessen entsprechender, wenn vorerst an die Ausbildung einer wohlgeschulten, aus unbedingt verlässlichen Elementen bestehenden, kleineren Wehrmacht geschritten würde, deren Hauptaufgabe es wäre, die öffentliche Ordnung und die Sicherheit im Lande ohne fremde Hilfe aus eigenen Kräften aufrecht zu erhalten.

Die Errichtung einer solchen „Polizeimacht“, die infolge ihrer relativen zahlenmäßigen Schwäche und geringen Dotierung mit Artillerie und allem technischen Material für die benachbarte Großmacht keine Gefahr bilden könnte, würde eine Entlastung unserer Besatzungstruppen bedeuten und auch das Odium verringern, das mit der Unterstützung eines konservativen Regimes durch fremde Truppen verbunden ist. Ew. wollen sich in diesem Sinne gegenüber G. d. I. Arz. ausprechen.

Burian, mp.

3.

Telephondepesche

Nr. 16542.

Graf Trauttmannsdorff,

Baden, 14. Oktober 1918.

Nr. 33666.

Bezug auf Euer Exzellenz Telephondepesche Nr. 317 v. 20. X. l. J.

Heeresgruppenkommando Kiew hat unter Hinweis auf veränderte militärische und politische Lage, wodurch eine baldige Formierung einer ukrainischen Armee zur Entlastung der verbündeten Truppen von erhöhter Bedeutung wäre, das

Kommando der k. u. k. Ostarmee Odessa ersucht auch seinerseits, — ebenso wie es Heeresgruppenkommando Kiew nunmehr tun werde, — die ukrainischen Behörden bei der Sicherstellung ausreichender Unterkunft, guter Bekleidung, Ausrüstung und Verpflegung der neu aufzustellenden Armee zu unterstützen, die Truppen anzuweisen, in der Unterkunftsfrage entgegenzukommen und dafür zu sorgen, daß die nach dem Beuteabkommen der Ukraine zufallenden Materialien so schnell als möglich zur Verfügung gestellt werden.

Deutsche Oberste Heeresleitung hat das k. u. k. AOK. telegraphisch verständigt, sie halte es mit Rücksicht darauf, daß mit Räumung der Ukraine in absehbarer Zeit zu rechnen sei, für notwendig, Aufstellung einer Ukrainearmee zu beschleunigen, damit Ukraine sich gegen Bolschewiken wehren kann. Deutsche Oberste Heeresleitung bittet daher bei voller Würdigung der österreichisch-ungarischerseits gemachten Vorschläge, daß von einer verzögernden Einwirkung auf Bildung ukrainischer Wehrmacht abgesehen werde.

Armeeoberkommando beabsichtigt nun General Graf Spannoci zu verständigen, daß es infolge veränderter Lage von dem seinerseits aufgestellten Plane Abstand nimmt und möglichste Beschleunigung der Aufstellung einer Ukraine-Armee in dem vom Heeresgruppenkommando Kiew beantragten Sinne befürwortet. Im Interesse der Sache und zur Vertiefung des Einflusses der Verbündeten in der Ukraine wäre Armeeoberkommando bereit, der ukrainischen Regierung k. u. k. ukrainisch sprechendes Instruktionspersonal (Offiziere und Unteroffiziere) in zu vereinbarendem Ausmaße zu Verfügung zu stellen. General Graf Spannoci würde angewiesen werden, im Einvernehmen mit Heeresgruppenkommando Kiew Hetman zur Bekanntgabe seiner Wünsche aufzufordern.

Ich bitte Euer Exzellenz um eine mündliche telephonische Weisung, ob ich Euer Exzellenz Zustimmung zu diesem Vorhaben dem Chef des Generalstabes melden darf.

(Der von Hetman genehmigte Armee-Entwurf sieht Einberufung der ersten Rekrutenrate von 85 000 Mann zu Ergänzung der bestehenden Kader zum 15. November d. J. vor.)

Der Vertreter des k. u. k. Ministeriums des Äußern beim k. u. k. Armeeoberkommando.

Nr. 34.038.

Baden, den 25. Oktober 1918.

Aufstellung der ukrainischen Armee.

Zur Telephondepesche Nr. 420 vom 22. X. 1918.

An

Seine Exzellenz den Herrn Minister des kaiserl. und königl.
Hauses und des Äußern
Grafen Andrássy

Auf eine ausführliche Instruktion, welche das k. u. k. AOK. an General der Infanterie Krauß gerichtet hatte und in welcher die seitens Euer Exzellenz in der Frage der Errichtung einer ukrainischen Wehrmacht in der Telephondepesche Nr. 317 vom 20. September niedergelegten Bedenken ausführlich angeführt waren, hat der Kommandant der Ostarmee dieser Tage in seinem Berichte geantwortet.

Ich glaube auf die militärischen Detailsausführungen dieses Berichtes nicht eingehen zu brauchen und möchte nur hervorheben, daß General Krauß gegenüber den Bedenken, welche gegen die Schaffung eines nach dem Muster der europäischen Großstaaten aufgestellten ukrainischen Heeres bestehen, darauf hinweist, daß nur eine auf dem System der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaute gründlich disziplinierte ukrainische Armee eine verlässliche Stütze des ukrainischen Staates bilden könnte. Eine Miliz-Armee würde nach dem Abzuge der verbündeten Truppen weder die Ordnung im Innern aufrechterhalten können, noch imstande sein, die Ukraine gegen großrussische Vereinigungstendenzen zu schützen. Die eheste Schaffung einer entsprechend starken ukrainischen Wehrmacht ist also nach Ansicht des Generals der Infanterie Krauß im Interesse der Stärkung des ukrainischen national-separatistischen Gedankens, besonders wenn es einmal dazu kommen sollte, daß die verbündeten Truppen in absehbarer Zeit die Ukraine verlassen.

General der Infanterie Krauß weist darauf hin, daß bis vor kurzem Deutschland 20 und wir 10 Divisionen, das ist in Summe 30 Divisionen auf Kriegsstand als Besatzungstruppen in der Ukraine hatten. Ukrainischerseits sei nun die Aufstellung von 16 Infanterie- und 4 Kavalleriedivisionen, also 20 Divisionen beabsichtigt. Wir hatten die Zahl unserer Besatzungstruppen mit Rücksicht auf das große Territorium der Ukraine für die Aufrechterhaltung der Ordnung immer als zu schwach empfunden, dies müsse umso mehr von den 20 ukrainischen Divisionen gesagt werden, welche gewiß nicht die gleiche Energie entfalten dürften, wie die k. u. k. und die deutschen Truppen. Auch könnten diese Divisionen keinesfalls vorerst als eine Gefahr für die Monarchie betrachtet werden.

Bedenklich erscheint General der Infanterie Krauß die hohe Zahl der Rekruten, welche nach dem ukrainischen Plane im heutigen Herbst und im kommenden Frühjahr ausgehoben werden soll, weil sie nach seiner Ansicht die Fähigkeit des ausbildenden Offiziers und Unteroffizierskorps übersteigt und er darin eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der Disziplin in der zu bildenden jungen Armee erblickt.

Wenn auch alle Bedenken und Gegenbedenken durch unsere jüngste Entschliebung (Telephondpesche Nr. 420 vom 22. Oktober), der Bildung einer ukrainischen Armee keine weiteren Hindernisse in den Weg zu legen überholt sind, so glaube ich doch, sie Euer Exzellenz zur Kenntnis bringen zu sollen.

Trauttmannsdorff, mp.

